

Wiesbadener Tagblatt.

Druck und Verlag:
L. Schellenberg'sche Hofbuchdruckerei, "Tagblatt-Haus".
Geschäftszeit: 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends,
außer Sonn- und Feiertagen.

Wöchentlich
mit einer täglichen



7 Ausgaben
Unterhaltungsbeilage.

Erscheinungszeit:
Wöchentlich nachmittags, Sonntags von 8 nachmittags
Fernsprecher-Sammel-Nr. 1961.
Berliner Büro: Berlin-Wilmersdorf.

Bezugspreise: Im Verlag abgeholt: 96 R.-M., in den Ausgabestellen: 96 R.-M., durch die Träger
ins Haus gebracht: R.-M. 1.— für eine Bezugszeit von 2 Wochen. — Bezugsbestellungen nehmen
an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer
Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des
Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: Erst. Anzeigen 30 R.-M., auswärts Anzeigen 30 R.-M., 2. Anzeigen 15 R.-M., 3. Anzeigen 10 R.-M., 4. Anzeigen 7 R.-M., 5. Anzeigen 5 R.-M., 6. Anzeigen 3 R.-M., 7. Anzeigen 2 R.-M., 8. Anzeigen 1 R.-M., 9. Anzeigen 0,50 R.-M., 10. Anzeigen 0,25 R.-M. — Für die Aus-
nahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. —
Schluss der Anzeigenannahme 10 Uhr vormittags. — Größere Anzeigen müssen spätestens einen
Tag vor dem Erscheinungstage aufgegeben werden.

Telegramm-Adresse: Tagblatt Wiesbaden.

Höchste Abonnentenanzahl aller Tageszeitungen Wiesbadens und Rastatts.

Postfach-Nr.: Frankfurt a. M. Nr. 1005.

Nr. 185.

Samstag, 18. Juli 1931.

79. Jahrgang.

Auf dem Weg nach Paris.

Unmögliche französische Forderungen. — Auch England und Amerika gegen Paris.
Keine Vorwegnahme der Londoner Beratungsgegenstände.

Was Havas sagt.

as. Berlin, 18. Juli. (Drahtbericht unserer Berliner Abteilung.) Reichsminister Brüning und Reichsaußenminister Curtius befinden sich auf dem Wege nach Paris. Eine außerordentlich schwere Aufgabe erwartet sie dort und später auch in London. Die Franzosen versuchen die Beteiligung an einer Finanzhilfe für Deutschland von geradezu ungeheuerlichen Bedingungen abhängig zu machen. Nimmt man die französischen Presseäußerungen zusammen, so ergibt sich, daß die Franzosen als Gegenleistung Deutschlands für eine in 10 Jahren rückzahlbare, von Amerika, England, Frankreich u. a. zu gewährende Anleihe in Höhe von zwei Milliarden Mark etwa verlangen, daß die Zolleinnahmen Deutschlands verpfändet werden, daß ein Gläubigerausschuß die Verwendung dieser Einnahmen kontrolliert und ein Bestimmungsrecht über etwaige neue deutsche Auslandsanleihen hat, daß Deutschland weiterhin seinen Wehretat während dieser zehn Jahre nicht erhöht, und daß Deutschland während dieses Zeitraumes keinerlei politische Forderungen stellt. Man kann wohl sagen, daß Deutschland noch einmal ausdrücklich den Versailler Vertrag anerkennen soll.

Es ist klar, daß solche Bedingungen unannehmbar sind und zwar unannehmbar für jede deutsche Regierung.

Mit der Ablehnung der französischen Forderungen steht denn auch Berlin keineswegs allein. In England haben die französischen Forderungen einen ungünstigen Eindruck gemacht. Man hat sich in London entschlossen, in einer halbamtlichen Mitteilung festzustellen, daß die französischen Vorschläge mit einer gewissen Beunruhigung betrachtet würden. Es wird hinzugefügt, die Vorschläge seien in ihrer gegenwärtigen Form auch für die britische Regierung kaum annehmbar. Noch etwas schärfer äußert man sich in Amerika. Dort hat Unterstaatssekretär Cattle erklärt, Amerika könne die französischen Forderungen unmöglich diskutieren. Die französischen Staatsmänner würden nach einer Unterhaltung mit Dr. Brüning selbst einsehen, daß diese Forderungen undurchführbar seien. Der Stellvertreter des amerikanischen Außenministers hat hinzugefügt, die Reichsregierung habe in den letzten Tagen einige sehr energische und gute Maßnahmen ergriffen, die dem Reich über die nächste Zukunft hinweghelfen würden. Nunmehr könne Deutschland erwarten, daß schließlich ein auf möglichst lange Sicht berechneter Hilfsplan gefaßt werde und das sei die Aufgabe der Londoner Konferenz.

Auch aus dieser amerikanischen Äußerung geht hervor, daß Paris nicht die Entschcheidung bringen kann und daß Paris nicht eine Vorstufe für London in dem Sinne ist, daß man sich etwa in Paris einigt und London nur noch formale Bedeutung hat.

Deutscherseits wird denn auch immer wieder sehr stark betont, man könne in Paris nicht die Londoner Beratungsgegenstände vorweg nehmen. In Paris handele es sich um einen Meinungsaustausch, wie ihn der Kanzler in seiner bekannten Rundfunkrede bereits angeregt habe. Daß man in die eigentlichen materiellen Verhandlungen über den Kredit in Paris nicht eintreten will, ergibt sich auch schon aus der Tatsache, daß die eigentlichen Sachverständigen, nämlich der Sachverständigen Schaffer vom Reichsfinanzministerium und der Geheimrat Finanzrat Dr. Bock vom Reichsbankdirektorium erst in London zu der deutschen Delegation stoßen. Ganz klar wird im übrigen die Sache dargestellt in einer amtlichen Mitteilung des WTB, in der es ausdrücklich heißt: „Es ist selbstverständlich, daß in diesem Zusammenhang (nämlich bei dem Meinungsaustausch in Paris) auch Probleme berührt werden, die sachlich den Gegenstand der Londoner Konferenz bilden werden. Eine Vorwegnahme der Beratungsgegenstände dieser Londoner Konferenz kann natürlich nicht in Frage kommen.“

Auf diesen sehr deutlichen deutschen Wink und auch wohl auf die Stimmen aus London und Washington hat man offenbar in Paris etwas eingelenkt.

Benignsten verbreitete in später Abendstunde die halbamtliche Havas-Agentur eine Darstellung zu dem deutschen Besuch, in der es heißt: „Es würde zu viel verlangt sein von eiligen Besprechungen, die am Samstag stattfinden, entscheidende Ergebnisse zu erwarten.“ Wenige Stunden vorher hatte die gleiche Havas-Agentur erklärt, die Londoner Konferenz könne nur dann einen Zweck haben, wenn vorher eine grundsätz-

liche Einigung in Paris erzielt worden wäre. Wenn auch offenbar Paris etwas einlenkt, so kann doch gar nicht verkannt werden, welchen schweren Aufgaben die deutschen Minister gegenüber stehen werden. Ob eine Verständigung erzielt, und ob ein Kredit zu erträglichen Bedingungen zu haben sein wird, darüber werden erst die nächsten Tage der Londoner Konferenz Klarheit schaffen.

Amerikas Ziel: sofortige und langfristige Hilfe für Deutschland.

Die französischen Forderungen undisfutabel.

Washington, 17. Juli. Das unerrückbare Ziel der amerikanischen Regierung, sofortige und möglichst langfristige Hilfe für Deutschland unter Beilegung aller nicht notwendigen Einzelheiten, wurde heute von Unterstaatssekretär Cattle nach erneuter telefonischer Besprechung mit Stimson und einem langen Vortrag bei Hoover mit vollster Deutlichkeit erneut betont.

Ferner wurden zwei für das kommende Wochenende äußerst wichtige Punkte endlich geklärt: Man betrachtet den Besuch des Reichsministers Dr. Brüning bei Cattle lediglich als einen Auftakt zu der eigentlich entscheidenden Londoner Konferenz und man betrachtet ferner die bisher bekannt gewordenen französischen Voraussetzungen für eine Anleihe an Deutschland als „undisfutablen Versuchsalton“.

Unterstaatssekretär Cattle teilte weiter mit, daß die französische Regierung, wie Stimson telefonisch mitteilte, tatsächlich heute früh als Gegenleistung Deutschlands für eine in 10 Jahren rückzahlbare, von Amerika, Frankreich und anderen zu gewährende Anleihe in Höhe von 500 Millionen Dollar, etwa verlangt habe, daß die Zolleinnahmen Deutschlands verpfändet werden, daß ein Gläubigerausschuß die Verwendung dieser Einnahmen kontrolliere und ein Bestimmungsrecht bezüglich etwaiger weiterer deutscher Auslandsanleihen habe, daß Deutschland weiterhin seinen Wehretat während dieser zehn Jahre nicht erhöhe und daß Deutschland während dieses Zeitraumes keinerlei politische Forderungen stelle, sondern den politischen und geographischen Status quo respektiere. Cattle bemerkt hierzu, Hoover habe, als Stimson ihm diese Forderungen mitteilte, erklärt, daß Amerika sie unmöglich diskutieren könne, und daß die französischen Staatsmänner nach einer Unterhaltung mit Dr. Brüning selbst einsehen würden, daß sie undurchführbar seien. Die Reichsregierung habe, so betonte Cattle, in den letzten Tagen einige sehr energische und gute Maßnahmen ergriffen, die dem Reich über die nächste Zukunft hinweghelfen würden. Nunmehr könne Deutschland erwarten, daß schließlich ein auf möglichst lange Sicht berechneter Hilfsplan gefaßt werde, und das sei die Aufgabe der Londoner Konferenz.

Zum Schluss seiner Ausführungen erklärte Cattle, welcher Plan schließlich in London aufgenommen werde, lasse sich nicht voraussagen. Aber der Besuch Dr. Brüning und Dr. Curtius in Paris werde den Weg zur Einigung ebnen.

Eine Einheitsfront gegen Frankreich.

Eine Sonder Sitzung des Londoner Kabinetts.

London, 18. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) „Amerikanisches Nein zu den französischen Forderungen“ bildet die Hauptüberschrift der ersten Seite der heutigen Ausgabe des „Daily Herald“. In Fettdruck heißt es weiter: „Die Vereinigten Staaten und Großbritannien werden zu den drohenden französischen Forderungen nein sagen. Dies ist der springende Punkt in den heutigen Pariser Verhandlungen.“ MacDonald hat eine Sonder Sitzung des Kabinetts auf Montagvormittag anberaumt und man erwartet, daß Henderson rechtzeitig in London eintreffen wird, um noch mit MacDonald und seinen unmittelbaren Kollegen zu sprechen. Gestern nachmittags haben Besprechungen zwischen Vertretern der Regierung und der Opposition stattgefunden, als deren Ergebnis eine britische Einheitsfront in den Hauptproblemen geschaffen worden ist. In einem Leitartikel gibt „Daily Herald“ der Hoffnung Ausdruck, daß man Deutschland in Paris nicht Forderungen stellen werde, die eine Nation mit Selbstachtung nicht zugestehen könne. „Unsere Bürger aller Schattierung“, so heißt es in Fettdruck weiter, „werden sich gegen jeden Versuch wenden, Deutschland in wirtschaftliche Knechtschaft zu legen“. Derartige Versuche würden alle Hoffnung, einen internationalen Wohlstand wieder herzustellen, zunichte machen.

Der Sturz des Baal.

Es kann nun kein Zweifel mehr bestehen, daß die Schatten einer weltgeschichtlichen Katastrophe sich über den ganzen Erdball ausbreiten. Wer es bisher nicht hat sehen wollen, wird nun durch die Macht der Ereignisse gezwungen, anzuerkennen, daß das bisherige Gefüge der Weltwirtschaft in seinen Grundfesten wankt, und daß nicht mehr die Rede von Schuld oder Nichtschuld einzelner Männer oder einzelner Regierungen sein kann. Der Götze Gold, unter dessen Schutz man sich bisher mächtig und sicher fühlte, ist plötzlich seines Nimbus' entkleidet, der alte böse Baal, in dessen Namen ein Teil der Welt den anderen in Fesseln zu schlagen gedachte, neigt sich zum Sturz.

Hat es Sinn, den gegenwärtigen Zustand mit solch pathetischen Phrasen zu verharmlosen? Es scheint in der Tat, daß kaum eine Kennzeichnung umfassend und eindringlich genug wäre, um diesen Zustand ganz zu verdeutlichen. Das läßt sich auch aus dem plötzlichen Zerbrechen aller althergebrachten Formen ableiten. Während sonst — und noch vor kurzem — die Einladung und der Besuch auswärtiger Staatsmänner eine feierliche Prozedur war, deren diplomatisches Zeremoniell nicht zu beachten oder gar positiv zu verstehen die peinlichsten Folgen haben konnte, überschürzen sich diesmal die diesbezüglichen Ereignisse in einer Hast, die man unwürdig nennen könnte, wenn nicht der verzweifelte Zwang der rasenden Entwicklung dahinter stünde. Die Absage des englischen Ministerbesuches in Berlin von einer Stunde auf die andere, die Abänderung einer ganzen Serie von Besuchs- und Konferenzprogrammen ohne jegliche mildernde Form oder Begründung außer der durch die Unerbittlichkeit der Tatsachen ist etwas so Beispielloches, daß es nur durch die Besonderheit der gegenwärtigen Vorgänge erklärt und begrifflich gemacht werden kann.

Aus dem gemächlichen Wochenendbesuch im idyllischen Hubertusstock ist ein überstürzter Ausbruch zur Rettung der alten, zur Inangriffnahme des Ausbaus einer neuen Welt, mindestens zunächst einmal eines neuen Europa geworden. Zu erörtern, was jetzt auf dem Programm der vorläufig anberaumten Besprechungen und Konferenzen in Paris und London steht, wäre sinnlos, denn auch hier wird der Druck der Ereignisse die alten Formen von Ministerbesprechungen und Konferenzen sprengen und die versammelten Staatsmänner zwingen, sich dem rasenden Tempo der Entwicklung anzupassen. Es ist ein Schauspiel von tragisch-herausfordernder Größe, dessen erster Akt jetzt begonnen hat.

So wird man sich bei der Bewertung etwaiger weiterer plötzlicher Abänderungen des vorläufig ins Auge gefaßten Reise- und Konferenzprogramms auch von der Heranziehung der sonst in solchen Fällen üblichen Motive freimachen und davon überzeugt sein müssen, daß das Bewußtsein der ungeheuerlichen Tragweite alles dessen, was in den nächsten Tagen geschieht, in den Gehirnen und vielleicht in den Herzen der beteiligten verantwortlichen Staatsmänner lebendig ist. Auch in Paris scheint man endlich begriffen zu haben, daß die Zeit, in der es noch möglich war, um kleine Erfolge oder Schein Vorteile zu feilschen, vorbei ist. Die Schuld, die man durch weiteres Festhalten an den überkommenen Vorurteilen auf sich laden würde, wäre so unabsehbar groß und würde in aller Welt so stark empfunden werden, daß kein leicht erreichbarer Vorteil die Belastung aufwiegen könnte, der sich Frankreich durch ein solches Handeln aussetzen würde.

Die geplante Londoner Konferenz zwischen den Ministerpräsidenten Deutschlands, Englands und Frankreichs ist — auch ein Zeichen des Augenblicks — über Nacht erweitert worden zu einer Weltkonferenz, an der Vertreter der genannten drei Staaten, sowie der USA, Italiens, Japans und Belgiens teilnehmen dürften. Damit sind auch die Voraussetzungen zu einer weltumfassenden Aktion gegeben. Bis zum kommenden Montag ist die ganze Welt in der Lage, ganz klar zu erkennen, wie tief der Umsturz greift, in dem die Welt begriffen ist. Somit ist es auch möglich, der Londoner Konferenz die Stimmungsgrundlage für eine solche Aktion zu geben. Das ist die große, weltgeschichtliche Aufgabe der nächsten Tage. Befristete, verkaufte und bedingte Maßnahmen können weder Deutschland helfen, noch die Wellen des Lebens dämpfen, die durch die Grundfesten der Lombardstreet und der Wallstreet zittern und die morgen ebenso so zerstörerisch erschüttern können, wie sie es in Berlin getan haben und wie es nur um wenig später zwangsläufig auch den von Gold hergestellten Kellern der französischen Banken geschehen würde. Der goldene Baal ist im Sturz begriffen, und es handelt sich nicht darum, mit gierigen Fingern die Trümmer bergen zu wollen, sondern Ausschau zu halten nach neuen, beständigeren Göttern.

Eine Notverordnung über die Presse.

Pflicht zur Aufnahme von Kundgebungen und Entgegnungen.
— Verbot bei Gefährdung der öffentlichen Sicherheit.

Berlin, 17. Juli. Auf Grund des Art. 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird für das Reichsgebiet verordnet:
§ 1. Der verantwortliche Schriftleiter einer periodischen Druckschrift ist verpflichtet, auf Verlangen der obersten Reichs- oder Landesbehörden oder der von ihnen bestimmten Stellen Kundgebungen sowie Entgegnungen auf die in der periodischen Druckschrift mitgeteilten Tatsachen ohne Einschränkung oder Weigerung unentgeltlich aufzunehmen.

Der Abdruck hat unverzüglich, bei Tageszeitungen spätestens in der nach Eingang der Kundgebung oder Entgegnung nächstfolgenden für den Druck nicht bereits abgesetzten Nummer, zu erfolgen. Die Kundgebung oder Entgegnung ist an der vom Einfender bestimmten Stelle, mit der von ihm bestimmten Überschrift und in der von ihm bestimmten Schrift zum Abdruck zu bringen. Eine Stellungnahme zu einer Entgegnung in der gleichen Nummer ist unzulässig.

§ 2. Druckschriften, durch deren Inhalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird, können polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden. Periodische Druckschriften können verboten werden:

1. Wenn der Vorrat des § 1 zuwidergehandelt wird oder

2. wenn durch ihren Inhalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird.

Die Vorschriften des § 12 Abs. 2, § 13, § 15 Abs. 1 der Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 (RGBl. S. 79) gelten entsprechend.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Eine vorübergehende Maßnahme.

Handhabung ohne Schärfe.

Berlin, 17. Juli. Wie zu der zweiten Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen betont wird, handelt es sich bei diesen durch die Verschärfung und Verbreitung des politischen Kampfes bedingten und aus der Schwere der Zeit notwendig gewordenen Bestimmungen um gezielte Vorkehrungen, wie sie auch im Ausland, zum Beispiel in Frankreich, wiederholt erlassen worden sind und hier nichts Außergewöhnliches darstellen. § 2 der Verordnung richtet sich lebhaft gegen radikale Organe, und in Kreisen der Reichsregierung kommt das ehrliche Bedauern zum Ausdruck, daß die ungewöhnlichen Vorgänge der letzten Zeit zu derartigen verhängnisvollen Maßnahmen zwingen. Es besteht allgemein die Hoffnung, daß es sich nur um vorübergehende Maßnahmen handelt, und daß mit der Beruhigung des öffentlichen Lebens auch die Anwendung der Notverordnung überflüssig wird.

Es wird weiter darauf hingewiesen, daß gerade aus der Notverordnung die überragende Bedeutung der Presse gegenüber anderen Publikationsmöglichkeiten, wie etwa der Rundfunk, im besonderen Maße zum Ausdruck kommt. Es besteht bei allen beteiligten Stellen der Wunsch, daß die Verordnung durchaus in verständlichem Sinne und unter Vermeidung jeglicher Schärpen durchgeführt wird.

Der Beamtenbund mahnt zur Besonnenheit.

Das Gebot der Stunde.

Berlin, 17. Juli. Der Deutsche Beamtenbund wendet sich in seinem Organ „Der Beamtenbund“ vom 17. Juli mit folgendem Aufruf an die Beamtenschaft: „In ungeahntem Umfang hat sich die wirtschaftliche Krise Deutschlands in den letzten Tagen zugeipfelt. Unser unter starker Inanspruchnahme ausländischen Geldes aufgebautes Kreditwesen ist durch Vorkommnisse bei deutschen Großfirmen, durch Abwandern deutschen Kapitals und durch andauernde Entziehung ausländischer Gelder schwer erschüttert worden und droht völlig zusammenzubrechen. Bei der Größe der Gefahr sind Auseinandersetzungen über das Wohin und theoretische Auseinandersetzungen über das Wohin nicht am Platze. Nicht wie, sondern daß gehandelt wird, ist das Gebot der Stunde und Pflicht der verantwortlichen Stellen, dafür zu sorgen, daß die für notwendig gehaltenen Maßnahmen zweckentsprechend durchgeführt werden, ist mit Aufgabe der Beamten. Nicht Nervosität, sondern Besonnenheit muß gerade jetzt von den Beamten an den Tag gelegt werden. Nur so nützen sie dem Volksganzen, sich selbst und jedem einzelnen. Kein aus Panikstimmung geborenes unüberlegtes Handeln, wie Hamstern von Zahlungsmitteln oder Waren, wodurch die Sachlage nur verschärft wird, vielmehr durch das eigene Beispiel zur verständnisvollen gemeinsamen Überwindung der Katastrophe beitragen, verlangt der Ernst der Lage von den Beamten. Daß wir ständig auf dem Posten sind, um in jedem Augenblick für etwa bedrohte Interessen der Beamtenschaft eintreten zu können, ist selbstverständlich. Zunächst aber gilt es, als Deutsche die über das deutsche Volk hereingebrochenen schweren Gefahrenlagen unter Zurückstellung aller sonstigen Gegenstände zu überwinden.“

Die Einäscherung des Vizelandes v. Payer.

Stuttgart, 17. Juli. Unter großer Anteilnahme wurde heute vormittag im Krematorium auf dem Prager Friedhof die sterbliche Hülle des ehemaligen deutschen Vizelandes Geheimrat Freiherr v. Payer den Flammen übergeben. Der Einäscherung ging eine Trauerfeier voraus, an der die gesamte württembergische Staatsregierung mit Staatspräsident Dr. Bötz an der Spitze, das Präsidium des württembergischen Landtags, Vertreter der Parteien, Vertreter der Behörden des Reichs, Württembergs und der Stadt Stuttgart teilnahmen. Die Trauerrede hielt der frühere württembergische Staatspräsident Fieber, der in warmherzigen Worten ein Bild des im biblischen Alter von 85 Jahren dahingegangenen Veteranen der Politik und des Parlaments zeichnete. Anfang und Ende der politischen Tätigkeit Payers habe dem Reich gehört. Als württembergischer Landtagspräsident sei er 18 Jahre lang ein ehrlicher Kämpfer zwischen Krone und Volksvertretung gewesen. Laadesschmiedsamtpräsident Reiffert übermittelte das Beileid der Reichsregierung.

Der deutsche Ministerbesuch in Paris.

Abreise der deutschen Staatsmänner.

Die Botschafter Frankreichs und Englands zur Verabschiedung erschienen.

Berlin, 17. Juli. Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsaußenminister Dr. Curtius sind mit den Herren ihrer Begleitung heute abend um 10 Uhr mit dem fahrplanmäßigen Norddeutschen nach Paris abgefahren. Auf dem Bahnhof Friedrichstraße hatten sich außer einer großen Menschenmenge der französische Botschafter de Margerie, der englische Botschafter Horace Rumbold mit dem Botschaftsrat Newton, ferner Staatssekretär Dr. Bänder und eine Reihe von Herren des Auswärtigen Amtes zur Verabschiedung eingefunden. Während der Reichskanzler und der Reichsaußenminister für einige Augenblicke den Photographen und Filmoperatoren zur Verfügung standen, wurden ihnen aus der Menge herzliche Wünsche zugetrieben.

Der Kanzler hofft auf vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Eine Erklärung.

Berlin, 17. Juli. Reichskanzler Dr. Brüning übergab dem Chefredakteur des WTB kurz vor seiner Abreise nach Paris folgende Erklärung:

Nachdem die Reichsregierung die notwendigen Maßnahmen getroffen hat, um den Gefahren zu begegnen, die aus den schweren Erschütterungen des deutschen Geld- und Kreditwesens drohen, ist mir nun die Möglichkeit gegeben, den von mir schon in meiner letzten Rundfunkrede zum Ausdruck gebrachten Wunsch nach einem persönlichen Meinungsaustausch mit den französischen Staatsmännern zur Durchführung zu bringen. Der Reichsaußenminister und ich fahren nach Paris mit dem festen Willen, in einem offenen gegenseitigen Meinungsaustausch einzutreten, dessen Ergebnis, wie ich hoffe, den Weg für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit freimachen wird. Die bevorstehende Aussprache kann um so fruchtbarer sein, als wir gleichzeitig Gelegenheit haben werden, auch mit dem englischen Außenminister und dem amerikanischen Staatssekretär zusammenzukommen. Von Paris werden wir auf eine Einladung der englischen Regierung nach London weiterfahren, um den begonnenen Gedankenaustausch dort fortzusetzen. Ich hoffe, daß diese persönlichen Fühlungen zur Klärung der Lage beitragen und einen sichtbaren Beweis internationaler Solidarität geben werden.

Die deutsche Delegation.

Die endgültige Zusammenfassung.

Berlin, 17. Juli. Die deutsche Delegation wurde nachfolgend zusammengefaßt: Zu den politischen Beisprechern nach Paris begeben sich heute abend Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsaußenminister Dr. Curtius. Dr. Curtius ist mit einem Referenten sowie Staatssekretär Dr. v. Bülow (Auswärtiges Amt) und Ministerialdirektor Dr. Graf Schwerin-v. Krosigk (Reichsfinanzministerium). An der Londoner Konferenz werden von Montag nächster Woche ab außer den vorgenannten Persönlichkeiten noch Staatssekretär Dr. Schäffer (Reichsfinanzministerium), Ministerialdirektor Dr. Zechlin (Reichspressabteilung) und Geh. Finanzrat Dr. Bode (Reichsbankdirektorium) teilnehmen.

Bei der Bedeutung der bevorstehenden politischen Verhandlungen bleiben die übrigen Reichsminister in Berlin versammelt. Das Reichskabinett unter Leitung des Vizelandes und Reichsministers der Finanzen Dietrich wird durch den Staatssekretär in der Reichskanzlei Dr. Bänder in ständiger Fühlung mit der deutschen Delegation bleiben.

Die neuen Maßnahmen der Regierung.

Der weitere Abbau der Bankfeiertage. — Amnestie auf Rückführung verschobener Gelder.
Drosselung der Auslandsreisen.

Treviranus im Rundfunk.

Berlin, 17. Juli. In einer Rundfunkrede, in der sich Reichsminister Treviranus über die politische Lage aussprach, skizzierte er bereits die Maßnahmen, die in den für heute zu erwartenden neuen Notverordnungen festgelegt sind. Die Regelung des Bankverkehrs bis nächsten Donnerstag lehne ein weiteres Vordern vor, einmal die Möglichkeit der

Ausschüttung von Sparkonten bis zur Höhe von etwa 20 M. täglich, von laufenden Konten bis zu 100 M. täglich. Daneben wird der Überweisungsverkehr im großen Rahmen auf täglich 2000 M. als Höchstsumme erweitert, im engeren kleinen Kreise der Banken auf 15 000 M.

Daneben wird das Wechselportefeuille mit dem Übergang zellos abgebaut. Der jetzige Zinsfuß für Einlagen und Guthaben bei den Sparkassen und Banken wird auch den Hamstern in Kürze zeigen, wie kurzfristig sie in ihrer Panikstimmung gehandelt haben. Die Behauptung weiterer Kreise, erklärte der Minister noch, daß nur die außerhalb der Verantwortung stehenden Kreise die heutigen Zustände vorausgesehen und sich damit als ehrliche Patrioten bewährt haben, trifft ins Leere. Es ist ein Irrtum, daß die Regierung sich irgendwelchen Selbsttäuschungen hingeeben hat. Der Reichskanzler hat für die Krisenzuführung sich zu wappem gewußt und sich dabei die Autorität erlangt, um vor dem Ausland wie vor dem Inland in Stunden der Krisengefahr handeln zu können. Und wenn wir auf diese Frage mit Recht eine Antwort geben müssen, ob wir es zulassen können, daß weiterhin sehr große Summen deutschen Nationalvermögens, deutschen Geldes ins Ausland wandern, oder jenseits der Grenzen unseres Vaterlandes angelegt sind, so erklären wir, daß

die kommende Notverordnung des morgigen Tages gegen Kapital- und Steuerflucht den Zweck haben soll, mit allen dem Staate zu Gebote stehenden Mitteln die Rückkehr dieser Gelder zu erzwingen. Es wird dabei eine größere Amnestie gewährt, so daß jeder, der heute in Selbstbetrübnis auf die schwere Krise mit dem Volke geht und freiwillig seine Mittelungen an

Botschafter von Hoersch fährt den deutschen Staatsmännern entgegen.

Begegnung in Reumont.

Paris, 17. Juli. Botschafter v. Hoersch reist in Begleitung von Gesandtschaftsrat Dumont Samstagvormittag nach der französischen Grenzstation Reumont, um dort den Norddeutschen mit den deutschen Staatsmännern zu erwarten und zusammen mit ihnen die Reise nach Paris zurückzulegen.

Das Programm.

Beginn der Konferenz um 4.30 Uhr.

Paris, 17. Juli. Das Programm für den deutschen Ministerbesuch in Paris ist wie folgt vorgesehen: Nach Ankunft des Norddeutschen begibt sich Reichskanzler Dr. Brüning zu einem offiziellen Besuch zum Ministerpräsidenten Laval und Reichsaußenminister Dr. Curtius zu Außenminister Briand. Um 4.30 Uhr beginnt die deutsch-französische Konferenz. Am Sonntagvormittag um 10 Uhr findet die allgemeine Konferenz unter Teilnahme der französischen und deutschen Minister, des englischen und amerikanischen Staatssekretärs und des italienischen Außenministers statt. Um 1 Uhr mittags gibt Ministerpräsident Laval zu Ehren der auswärtigen Staatsmänner ein Frühstück und am Sonntagabend gibt Außenminister Briand ein Diner am Quai d'Orsay.

Eine neue Etappe auf dem Wege zur Annäherung.

Eine offizielle Havasauslassung.

Paris, 17. Juli. Die Havasagentur verbreitet aus Anlaß des Besuchs des Reichskanzlers Dr. Brüning und des Reichsaußenministers Dr. Curtius eine Auslassung, in der es heißt: Die Reise des deutschen Reichskanzlers und des Reichsaußenministers nach Paris ist ein wichtiges Ereignis in der Geschichte der Beziehungen zwischen den beiden Nationen. Von französischer Seite deutet man diese Reise als eine neue Etappe auf dem Wege einer deutsch-französischen Annäherung. Es dürfte zuviel verlangt sein, von eifrigen Beisprechungen, die morgen stattfinden, entscheidende Ergebnisse zu erwarten. Selbst wenn diese erste Fühlungnahme schon zur Folge haben wird, daß die Atmosphäre gelöst wird, und daß die beiden Völker zu einem besseren gegenseitigen Verstehen geführt werden, würde die Initiative des Ministerpräsidenten Laval nicht vergeblich gewesen sein. Der gute Wille der französischen Regierung steht fest, und man darf nicht zweifeln, daß Dr. Brüning und Dr. Curtius von den gleichen Gefühlen befeuert sind. Man wird bald wissen, ob diese lokale und vollkommene Aussprache, die diese historische Begegnung bringen wird, genügen wird, um in den öffentlichen Meinungen der beiden Länder eine Annäherung herzustellen, die eine grundsätzliche Einigung im Laufe der Verhandlungen, die sich in den nächsten Tagen fortsetzen werden, und an denen die Außenminister von England, Amerika und Italien teilnehmen werden, erleichtert. Der zweite Tag, den Dr. Brüning und Dr. Curtius in Paris verbringen werden, wird den Beisprechungen zu fünf vorbehalten sein, in deren Verlauf man sich bemühen wird, die Meinungsverschiedenheiten zwischen den französischen und den deutschen Gesichtspunkten auszugleichen, um zu einer Lösung zu gelangen, die für beide Länder in gleicher Weise annehmbar sein wird.

das Finanzamt und an die Reichsbank über seine baren Devisenbestände abgeben wird, von jeder Strafe freigestellt wird.

Wer aber trotz dieser Aufforderung künftighin Vermögensbestände dieser Art verschweigen wird, wird mit Gefängnis bzw. Zuchthaus oder Geldstrafen ohne höchste Grenze, somit auch mit Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte bei Zuchthausstrafen verfolgt werden. Daneben wird auch dem Ausland Marge gemacht werden müssen, daß in dieser schweren Zeit das deutsche Volk nicht in der Lage ist, lei es zur Erholung, lei es zum Vergnügen, im Ausland seinen Verdienst abzutragen.

Deshalb wird mit Wirkung von morgen bei den Grenzübertritten für jeden Fah eine Gebühr von 100 Pf. erhoben werden mit Ausnahme des kleinen Grenzverkehrs der Auswanderer und Wanderarbeiter.

Wir sind uns bewußt, daß es ohne Härten leider nicht gehen. Wir hoffen, daß ein Teil dieses Geldes den deutschen Gastwirten und Erholungssuchenden ausfließen wird. Sollte es nicht möglich sein, einmal 14 Tage lang Burgfrieden zu halten, wo Entscheidungen von der kommenden Bedeutung auf des Messers Schneide stehen? Das eine eint uns ja alle aus innerstem Herzen: wir wollen unser Volk glücklich sehen.

Verhaftung der Brüder Lahusen.

Begen Kontursverbrechen und Fluchtverdacht.

Bremen, 17. Juli. Nachdem die mit größter Beschleunigung durchgeführten Ermittlungen des Untersuchungsrichters in Sachen Lahusen (Nordwolle A.G.) nunmehr zu dem Ergebnis geführt haben, daß dringender Tatverdacht besteht, daß nicht nur, wie bisher angenommen, Vergehen gegen die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches, sondern darüber hinaus Kontursverbrechen und Betrug durch Führung von Geheimkonten, falsche Buchungen und insbesondere Einstellung fingierter Forderungen in Frage kommen, ist am Freitagvormittag auf Antrag der Staatsanwaltschaft der Haftbefehl gegen die Angeklagten Karl und Heinz Lahusen erlassen und vollstreckt worden, weil nunmehr Fluchtverdacht geltend begründet ist.

Deutschland und Frankreich.

Das Urteil eines französischen Freundes der Verständigung.

Unser Pariser Vertreter schreibt uns: Im Augenblick, wo Reichkanzler Brüning und Außenminister Curtius in Paris weilen, dürfte es von größtem Interesse sein, das für Franzosen geschriebene Urteil eines Franzosen, der ein aufrichtiger Freund der deutsch-französischen Verständigung ist, über die politische Entwicklung der letzten vier Wochen, insbesondere über die Entwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses und die seelischen Rückwirkungen dieser Entwicklung auf das deutsche Volk kennenzulernen.

In der Pariser Zeitschrift „Europe Nouvelle“ hat Pierre Bionot, der frühere Sekretär des deutsch-französischen Studienkomitees in Berlin, die einzelnen Phasen in der Entwicklung der geistigen Einstellung Deutschlands gegenüber Frankreich, wie sie sich unter dem Druck der Ereignisse seit dem Hoover-Angebot ausdrücken mußten, analysiert und mit einem Unterton von Resignation ihren gegenwärtigen Stand vermerkt.

Bionot, der kürzlich ein Buch „Incertitudes allemandes“ veröffentlicht hat, das einiges Aufsehen erregte, weil er in der Woche, die dem Bekanntwerden des Hoover-Plans folgte, in Deutschland. Sein Eindruck aus dieser Zeit lautet: „In der ersten Hälfte der Zeit ist der, daß seit 1918 Frankreich sich keine so günstige Gelegenheit geboten hat wie damals, um durch eine deutsch-französische Zusammenarbeit den europäischen Frieden zu verankern. Es schien so, als ob die Furcht vor der Einföhrung, von der Deutschland seit Monaten beherrscht ist, endlich im Angesicht dieser ungeheuren Hoffnung, die der Hoover-Plan vor Deutschland aufleuchten ließ, in den Hintergrund treten sollte. Bis in die Reihen der Hitleranhänger ging dieses hoffnungsvolle Warten auf Frankreich: „Warten wir nur noch einige Tage. Vielleicht wird uns Frankreich den Ausweg öffnen, den wir suchen und wird eine Brücke in die Mauer schlagen, die uns umgibt.“ Von heute auf morgen war eine verzweifelte Regierung zu der stärksten Regierung geworden, die Deutschland seit der Revolution hatte, stark durch die Hilfe, die Frankreich ihr angedeihen lassen würde.

Es kamen dann die verhängnisvollen zwei Wochen des Verhandels zwischen den französischen Ministern und Mellon über die Vorbehalte, die Frankreich machte, und die für Deutschland so verhängnisvolle Folgen hatten. Den Unterschied in der Einstellung des deutschen Volks gegenüber Frankreich, der in diesen beiden Wochen zutage treten mußte, umreißt Bionot mit folgenden Worten: „Die Dinge haben sich trotz unserer Opfer in einer Weise entwickelt, daß Deutschland fortwährend in einem Zustand der Verängstigung zu leben, dessen psychologische und politische Folgen für unser Land eine unverkennbare Gefahr darstellen. Überdies besteht kein Zweifel, daß, wenn das Gefühl des deutschen Volkes — uns zugewendet durch die mutige Rede des Kanzlers Brüning — es vor vierzehn Tagen zu einer Entente mit Frankreich trieb, es heute nur Vernunft und kühle Überlegung sind, die Deutschland Frankreich entgegenführen können.“

Bionot erkennt, auch als Franzose, an, daß Frankreich leider nicht ungeheuren machen kann, was in den 14 Tagen der Verhandlungen über den Hoover-Plan geschah, daß aber andererseits die Notwendigkeit für eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa für die beiden Länder zu groß ist, als daß man sich nicht bemühen würde, die für den Erfolg dieser Zusammenarbeit notwendigen politischen und psychologischen Bedingungen zu schaffen. „Wird man einerseits“, so fragt Bionot schließlich, „sowohl von französischer wie von deutscher Seite den Austausch gegenseitiger Vorwürfe vermeiden und die Debatte auf einem höheren Niveau halten, als dem der Bischöfe, die letzten Endes allen Apfeln des deutsch-französischen Konfliktes eigen sind: in Deutschland: der Einföhrung; in Frankreich: der Sicherheit? Wird man, wie dies Briand und Stresemann verstanden, auf die beiden öffentlichen Meinungen das zu ihrer Heilung notwendige Regime anwenden können oder wird man sich auf beiden Seiten zu überzeugten und unwissenden Interpreten ihrer Erbitterung machen? Auf der anderen Seite, wird man ein Risiko übernehmen? Eine wirkliche Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen ist ohne einen gewissen Radikalismus in dem Willen zur Entente nicht möglich.“

Neue Unruhen in Gelsenkirchen.

Gelsenkirchen, 17. Juli. In der Nähe des gestrigen Unruhenherdes ist es heute abend zu neuen Zusammenstößen gekommen, bei denen die Polizei von der Schusswaffe Gebrauch machen mußte. Ein Arbeiter erhielt einen Bauchschuß, ein anderer schwere Kopfverletzungen, während ein dritter Demonstrant durch Schüsse am Arm verletzt wurde. Bei zwei der Verletzten besteht Lebensgefahr.

Die Deutsch-Ritter im Burgenland.

Von Emil Neugeboren (Hermannstadt).

Preußen kann in diesem Jahre das 700jährige Jubiläum seiner Begründung durch den Deutschen Ritterorden feiern. 1231 begann die Festlegung des Ordens im Culmer Lande zwischen Weichsel, Drewenz und Odra. In jahrzehntelangen Kampf mit den heidnischen Preußen gründete er dort sein Ordensland, das die Keimzelle des heutigen Preußens und damit des Deutschen Reiches geworden ist. Dieser großen geschichtlichen Tat widmet jetzt die deutsche Presse Gedenkartikel, und in den Jubelchor mischt sich die belächelte Stimme der Deutschen in Siebenbürgen. Eigentlich ist es eher ein Wort des Bedauerns, daß der Deutsche Ritterorden an die Weichsel gegangen ist, anstatt dort zu bleiben, wo er unmittelbar vor diesem Gedenkjahr gewesen ist: im Burgenland. Was soll das heißen? und was ist das „Burgenland“? Das Burgenland — es wird sehr häufig mit dem Burgenland verwechselt, diesem ehemals westungarischen Gebiet, das nach dem Kriege Österreich angegeschlossen wurde — ist der südöstliche Winkel Siebenbürgens und heute der Verwaltungsbereich um Kronstadt; es wird zum Teil von Deutschen bewohnt, zwischen denen sich im Laufe der Jahrhunderte Rumänen und Ungarn angesiedelt haben. Dort, in diesem Burgenlande, in der „terra borja“ der alten Urkunden, benannt nach einem Namen aus einer vorchristlichen slawischen Sprache, haben die Deutsch-Ritter gewaltet, bevor sie nach dem Norden gingen, um einer weltgeschichtlichen Berufung zu folgen. Die Tatkraft und das diplomatische Geschick desselben Ordensgroßmeisters Hermann von Salza, der die Niederlassung des Ordens in Preußen durchführte, haben auch die kurze Geschichte des Ritterordens im Burgenlande bestimmt.

Im Jahre 1211 berief König Andreas II. von Ungarn, der die Rechte der 50 Jahre früher nach Siebenbürgen eingewanderten deutschen Ansiedler von neuem bestätigte, die Deutsch-Ritter in jenes noch nicht kolonisierte Gebiet am Fluße Alt und seinem Nebenfluß, dem Burgenbach. Dieser

Preußens Haushalt für 1932.

Allergrößte Sparsamkeit. — Neue starke Einschränkungen.

Der Ernst der Kassenlage.

Im preußischen Finanzministerium sind die Arbeiten zur Aufstellung des Haushaltsplanes für 1932 eingeleitet. Der preußische Finanzminister Höpker-Aschoff hat an die preußischen Ressorts Richtlinien herausgegeben, in denen der Ernst der preußischen Finanz- und Kassenlage ungeschönt dargestellt ist. In diesen Richtlinien wird mitgeteilt, daß die Rechnung des ordentlichen Haushalts Preußens für das Rechnungsjahr 1930 voraussichtlich mit einem Fehlbetrag von 121 Millionen Mark abschließen wird. Die preußischen Gemeinden werden im Rechnungsjahr 1930 einschließlich der Fehlbeträge der Vorjahre mindestens mit einem Fehlbetrag wie der Staat abschließen. Für 1931 ergaben sich für Preußen an Ausfällen 129 Millionen an Reichsüberweisungssteuern, 48 Millionen an der Hauszinssteuer und am Finanzbedarf, 30 Millionen bei den Forsten und 20 Millionen durch den Rückgang der Zuteileinnahmen und den außerplanmäßigen Mehrbedarf. Das sind insgesamt 227 Millionen Mark. Dazu tritt das ungedeckte Defizit von 1930 in Höhe von 121 Mill. Mark.

Der Gesamtfehlbetrag des ordentlichen Haushalts des Landes für 1931 wird hiernach betragen rund 348 Millionen Mark.

Die preußischen Gemeinden werden zwar die Fehlbeträge der Vorjahre durch Ersparnismaßnahmen zum großen Teil ausgleichen können, sie erleben aber wesentliche Ausfälle durch den Rückgang der bisherigen Steuern und durch die Steigerung der Wohlfahrtsausgaben. Unter Berücksichtigung aller dieser Umstände werden die Gemeinden 1931 mit einem erheblichen Fehlbetrag abschließen.

Aber die Kassenlage in Preußen verläuft, daß eine Möglichkeit, den kassenmäßigen Gesamtfehlbetrag von 348 Millionen Mark durch Aufnahme einer Anleihe wesentlich zu entlasten, bei der Lage des Weltkapitalmarktes nicht ersichtlich ist, ob dieser hohe Kassenfahbetrug in der vollen Höhe durch den Verkauf kurzfristiger Schatzanweisungen gedeckt werden kann, kann bei der ungünstigen Lage des Geldmarktes nicht vorausgesehen werden, zumal Reich und Reichspost ebenfalls den Schatzanweisungsmarkt mit großen Anforderungen belasten. Andere Mittel und Wege zur Deckung des Kassenfahbetrages sind nicht gegeben.

Für den Haushalt des nächsten Jahres muß gegenüber 1931 mit folgenden Veränderungen gerechnet werden: Deduktion des Fehlbetrages für 1930 121 Millionen, Minder-

überschuh der Betriebsverwaltungen 34 Millionen, Mindereinnahmen an Reichsüberweisungssteuern und preußischen Steuern mindestens 200 Millionen, Mindereinnahmen der Allgemeinen Finanzverwaltung 25 Millionen, Ersparnis infolge Besoldungskürzung 80 Millionen, Mehrausgaben für Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld 15 Millionen.

Insgesamt ist also mit einer Verschlechterung 1932 gegen den diesjährigen Etat mit 292,8 Millionen Mark zu rechnen.

Es ist dem preußischen Finanzminister nicht möglich, den Fehlbetrag für 1930 auszugleichen, er muß daher als Ausgabe für 1932 in den Haushalt eingestellt werden. Der Minderüberschuh der Betriebsverwaltungen ergibt sich vor allem durch die schlechte Lage der Forsten. Bei der Aufstellung des Mindereingangs an Steuern rechnet der preußische Finanzminister damit, daß auch die veranlagte Einkommensteuer noch erheblich zurückgehen wird, da sich der ungünstige Verlauf des Rechnungsjahres 1931 weiter bei der nächsten Veranlagung auswirken wird. Wenn man mit Mindereinnahmen in Höhe von 200 Millionen Mark rechnet, so unterstellt man dabei schon, daß eine Besserung der Konjunktur und ein Rückgang der Arbeitslosigkeit eintritt, wovon zurzeit keine Anzeichen sichtbar sind. In der Allgemeinen Finanzverwaltung ist für 1931 eine Zahlung des Reiches für Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnanleihe von 25 Millionen Mark eingestellt. Eine Zahlung dieses Betrages durch das Reich erfolgt nicht.

Bei einem ohnehin bestehenden Kassenfahbetrug von einer halben Milliarde Mark kann von der preußischen Staatsregierung die Aufstellung eines unausgeglichenen Haushalts nicht vertreten werden. Ein solcher Haushalt würde bereits in den ersten Monaten des Jahres 1932 einen Kassenzusammenbruch herbeiführen.

Durch Mehreinnahmen kann aber der Fehlbetrag nicht ausgeglichen werden, es bleibt daher nichts weiter übrig, als auf allen Gebieten des staatlichen Lebens weitgehende Einschränkungen vorzunehmen.

Die Erreichung dieses Zieles wird nur durch draconische Maßnahmen zu erlangen sein. Der preußische Finanzminister wird dem Staatsministerium darüber noch eine besondere Vorlage anlegen lassen. Irrendwelche Mehranmeldungen für 1932 werden von der Finanzverwaltung nicht berücksichtigt werden, es wird sich nur darum handeln, in welchem Ausmaße Senkungen der Ausgabenansätze vorzunehmen sind.

Bombenanschlag in der Peterskirche in Rom.

Große Aufregung in der Vatikanstadt.

Rom, 17. Juli. In der Peterskirche wurde gestern abend von Gendarmen eine Höllenmaschine entdeckt. Die Beamten schafften die Höllenmaschine sofort an eine Stelle weit außerhalb des Wohnbezirks, wo sie heute früh um 1,45 Uhr, ohne Schaden anzurichten, explodierte.

Der verbrecherische Anschlag in der Peterskirche, dessen Folgen durch die Wachsamkeit der päpstlichen Polizei rechtzeitig verhütet werden konnte, hat die Vatikanstadt in große Aufregung versetzt. Die römischen Mittagsblätter geben ihren Absichten gegen den kirchenschänderischen Terrorakt Ausdruck und stellen den neuen Bombenfund in die Reihe der antisozialistischen Anschläge der letzten Zeit. Nach den bis jetzt bekanntgewordenen Einzelheiten wurde der Papst gestern abend sofort nach der Beseitigung der Höllenmaschine unterrichtet, die sich dann mitten in der Nacht mit weit hörbarer Explosion entlud. Im Vatikan waren nach gestern abend genaue Nachforschungen nach weiteren Bomben angestellt worden. Die Höllenmaschine, die weitab von bewohntem Gebiete in einem Gemüsegarten der Vatikanstadt niedergelegt worden war, hat bei der Explosion ein tiefes Loch in die Erde gerissen. Das Gelände war im Umkreise von 200 Metern mit Erdschollen und Bombensplintern besät, was auf eine Explosionswirkung schließen läßt, die im geschlossenen Raum verheerend gewesen wäre. Bei der Explosion, die die Bewohner der benachbarten Stadtviertel aus dem Schlaf schreckte, ist glücklicherweise, abgesehen von einigen zertrümmerten Fensterscheiben in der Nähe befindlicher Verwaltungsgebäude des Vatikans kein weiterer Schaden angerichtet worden. Der Papst hat sich heute vormittag von Kardinalstaats-

sekretär Pacelli ausführlich Bericht erstatten lassen und den beteiligten Behörden und Beamten, ohne deren Wachsamkeit vielleicht unermesslicher Schaden entstanden wäre, seine Anerkennung ausgesprochen.



Professor Dörmann 50 Jahre alt.

Am 12. Juli feiert der bekannte Reichstagsabgeordnete Professor Dr. Friedrich Dörmann, der durch seine Forschungen auf dem physikalisch-medizinischen Grenzgebiet und politisch durch seine Spezialbearbeitung wirtschaftlich-politischer Fragen innerhalb der Reichstagsfraktion des Zentrums sowie durch eine Reihe bedeutender Veröffentlichungen (Leben-Natur-Religion, Philosophie der Technik, Kooperative Wirtschaft) bekannt geworden ist, seinen 50. Geburtstag.

ter die päpstliche Oberhoheit stellte. Damit aber war auch das Ende des jungen Ordensstaates gekommen. Mit ungewohnter Entschiedenheit wahrte Andreas II. sein Recht und verteilte im Jahre 1225 mit überlegener Heeresmacht den Orden. Dabei wurden jedoch die deutschen Ansiedler in ihren Wohnstätten belassen, wo ihre Nachfahren bis auf den heutigen Tag in der Stadt Kronstadt und mehreren wohlhabenden und hochkultivierten Dörfern leben.

Weitgehend hatte Hermann von Salza schon nach dem ersten Zerwürfnis mit dem ungarischen König mit Kontad von Majowien wegen der Niederlassung des Ordens an der Weichsel Verhandlungen geführt. Diese kamen in den nächsten Jahren zum Abschluß, und im Jahre nach der Vertreibung aus Siebenbürgen erhielt der Orden die kaiserliche Bulle, die ihn mit dem Culmer Lande belehnte. Der Aufbruch des Ordens nach dem kurzen Vorpiel am Karpatenwall begann.

Aus Kunst und Leben.

* Anekdote von Josef Joachim. Von Josef Joachim (1831—1907), dem Begründer des Joachim-Quartetts und vielleicht bedeutendsten Quartettgeiger aller Zeiten, dessen 100. Geburtstag unlängst in aller Welt gefeiert wurde, existiert folgende wenig bekannte Anekdote, die es wert ist, mitgeteilt zu werden. Joachim hatte einst einen seiner berühmten Quartettgenossen gegeben. Die Zuhörer waren wie immer begeistert, nicht minder die Kritiker. Einige Tage nach dem Konzert erhielt Joachim von einer offenbar äußerst kunstfertigen Dame einen Brief, dem ein Schach über tausend Mark beilag, und der folgende Satze enthielt: „Sehr verehrter Herr Joachim! Falls andere, wie ich hoffe, meinem Beispiel folgen, so werden Sie, verehrter Meister, bald in der Lage sein, Ihr Orchester vergrößern zu können — zur Freude aller, die Sie, wie ich jetzt so gerne Ihrem bisher nur kleinen Ensemble lauschen!“ A. v. D.

— **Idar, 17. Juli.** Am vergangenen Samstag ist ein hiesiger Juwelenhändler einem großen Juwelendiebstahl zum Opfer gefallen. Bei einem hiesigen Häuſermaſſer erſchien der 25 Jahre alte, in Dudweiler geborene Kaufmann Artur Levy und gab an, er habe die Abſicht, ſich in der Stadt ein Haus zu kaufen. Der Maſſer vermittelte die Verbindung zwiſchen dem angeblichen Käufer und dem Juwelier, der ein Haus zu verkaufen hatte. Man wurde bald handelseinig und verſtändigte ſich auf einen Kaufpreis von 115 000 Mark. Der Käufer ſtellte einen Wechsel in Höhe des Kaufpreiſes auf die Saarbrücker Zahlſtelle der Reichsbank aus, der am 25. Juli eingelöst werden ſollte. Nach dem Kaufabſchluß lud der Juwelenhändler den Käufer ſeines Hauſes, der ſich ihm als Sohn des Saarbrücker Bankiers Levi unter Vorzeigung

Der Artikel 48 des Hammurabi.

Moratorium und Börsenkrach vor Jahrtausenden. — Geld und Kredit im alten Orient. — Der König als Warenhausbesitzer. — Firma Nassaru. Die Bank von Krokodilopolis.

Alles ist schon dagewesen...

auch die Schwierigkeiten, mit denen Deutschland zurzeit zu kämpfen hat. Börsenkrach und Preiskollaps hat es schon in uralter Zeit gegeben, und ein Moratorium ist sogar im ältesten Gesetzbuch der Welt, dem Hammurabi, ausdrücklich erwähnt und geregelt. Der Artikel 48 dieses Gesetzbuches lautet: „Wenn jemand eine verzinsbare Schuld hat, und ein Unwetter sein Feld verwüstet, oder eine Ernte vernichtet wird, oder wegen Wassermangel Getreide auf dem Feld nicht wächst; so soll er in diesem Jahr dem Gläubiger kein Getreide geben, seine Schuldtafel im Wasser aufweichen und Zinsen für dieses Jahr nicht zahlen.“ Geld- und Kreditwesen sind eben schon in den frühesten Zeiten bekannt, von denen die geschichtliche Überlieferung berichtet: am Nil und zwischen Euphrat und Tigris blühten ja damals mächtige Reiche von hoher Kultur, von der wir immer wieder aus archaischen Funden erfahren. Im ptolemäischen Ägypten gab es bereits einen regelrechten Kupferfrach. Während das Verhältnis Silber: Gold schon damals 1:15 war, eine Relation, die noch bis in die neuere Zeit hinein bestanden hat, hatte der Kupferwert ein anderes Schicksal. Zu Beginn der Ptolemäerzeit war das Wertverhältnis Silber: Kupfer wie 120:1. Wenige Jahrzehnte später sank der Wert des Kupfers auf ein Drittel, dann sogar auf ein Viertel des früheren, nachdem sich schon vorher im Großverkehr ein Agio für Silber ergeben hatte. Daß die uralten Kulturen im Weltstromland die Geldwirtschaft kannten, beweisen altbabylonische Texte aus dem 4. vordchristlichen Jahrtausend, die in der Kippur-Sammlung des Museums in Istanbul aufbewahrt werden. Damals war Geld allerdings sehr teuer; man forderte und erhielt einen Zins von 33 1/3 Prozent. Die alten Babylonier kannten bereits Wechsel, und wie aus den Briefen Ciceros hervorgeht, bestanden schon im Altertum ein Scheck- und Girowesen, Hypotheken seit dem 6. vordchristlichen Jahrhundert.

Man muß sich nur einmal von dem Gedanken freimachen, daß die Geschichte der Menschheit eine stetige Entwicklung nach aufwärts darstelle. Der Untergang der Antike bedeutete zweifellos einen wirtschaftlichen Rückschritt, da die Welt wiederum zur Naturalwirtschaft zurückkehrte, die für viele Jahrhunderte hinaus bestehen blieb. Wenn es auch die wirtschaftlichen Einrichtungen der alten Kulturländer im Orient mit den großartig entwickelten modernen Instituten dieser Art nicht aufnehmen können, so stellen sie jedoch für die damalige Zeit ganz beachtliche Leistungen dar. Es ist lehrreich, diese Parallelen einmal zu verfolgen. Im alten Ägypten herrschte bis zur Eroberung durch Alexander den Großen (331 v. Chr.) das „Oikos“-System, die Wirtschaft großer, in sich geschlossener Haushalte. Der größte Haushalt war der des Königs, der göttliche Verehrung genoss und von allen Erzeugnissen des Landes seinen Teil erhielt. So wurden die Könige die größte Wirtschaftsmacht des Reiches. Rüstige Warenpeicher bei den Palästen dienten zur Auffindung der gewaltigen Gütermengen. Neben den Königen hatten sich die großen Tempel zu mächtigen Wirtschaftszentralen entwickelt. Ihnen gehörten ausgedehnte Ländereien, ganze Städte und leistungsfähige Handelsflotten. Auch im alten Babylonien waren, wie aus dem Gesetzbuch des Hammurabi hervorgeht, Getreidekammern und Warenpeicher ständige Einrichtungen, die, wie in Ägypten, den Königen und Tempeln, aber zum Teil auch Privatleuten gehörten. Auf die Lagernden Güter konnte Geld aufgenommen werden. So pflegten die Bauern, um sich über die Zeit zwischen Saat und Ernte hinwegzu-

helfen, bei den öffentlichen und privaten Leihhäusern Anleihen aufzunehmen. Ausgezeichnete Einblicke in die Anlage eines königlichen Warenhauses ergaben die Ausgrabungen des Palastes des Königs Sargon von Ninive, der im 8. Jahrhundert v. Chr. regierte.

In neubabylonischer Zeit erwuchs den öffentlichen Wirtschaftsmächten eine Konkurrenz in den erstarkten Privatunternehmungen. Von der „Firma Nassaru“ wird berichtet, daß sie beträchtliche Geschäfte in Geld und Waren tätigte. Sie gewährten Privaten, aber auch den Königen Anleihen, zahlten auf Rechnung eines Klienten an einen anderen Geld oder Waren aus, liehen Geld auf Zinsen und stellten gegen Entgelt ihre Lagerhäuser zur Aufbewahrung von Gütern zur Verfügung.

Der große Wendepunkt kam mit der Einführung der staatlichen Münzhoheit, die, soweit bekannt ist, zuerst von Indien in Kleinasien ausging. Der Handel gewann eine bis dahin unbekannte Ausdehnung, und die Bedeutung des Geldverkehrs stieg. War bisher, besonders in den alten Agrarländern am Euphrat und Nil, der Besitz an Grund und Boden Wertmaßstab, so setzte sich jetzt das Geld durch. Die Griechen, diese genialsten Handelsleute des Altertums, erkannten die Vorteile des neuen Systems und führten es bei sich ein. Die anerkannten Wirtschaftszentralen waren die griechischen Tempel; ihre Macht beruhte auf der Sicherheit gegen Raub und Diebstahl, die sie für anvertraute Güter zu bieten hatten. Sie ließen sich das natürlich bezahlen, aber auch andere Geschäfte wurden von ihnen getätigt, Waren und Gelder gegen Zins ausgeliehen. Die reichsten Tempel waren in Athen, Delphi und Olympia. Gegen Ende des 5. Jahrhunderts kam die private Konkurrenz auf, die von der Einführung des staatlichen Geldes profitierte. Ursprünglich nur Geldwechsel, entwickelten sich diese Unternehmer bald zu einflussreichen Bankleuten, liehen Geld an Private und Gemeinwesen, bestanden mit Ruhen verpfändete Güter, erledigten Zahlungen auf Order, kurz, befaßten sich mit allen damals üblichen Bankgeschäften. Unter Alexander dem Großen durchdrangen die griechischen Handels- und Finanzleute den ganzen Orient. Von allen Ländern zuletzte nahm Ägypten den Gebrauch von staatlichen Münzen an. Ptolemäus II., der die Tradition der alten Pharaonen wieder aufnahm, machte Handel und Wirtschaft zum Staatsmonopol. Es wurden staatlich konzipierte Steuerbeamte eingesetzt, die in ihren Bezirken das alleinige Recht hatten, Bankgeschäfte auszuführen. Aus den Papieren des Griechen Xenon, des Verwalters des riesigen Gutes des Finanzministers und Hofbankiers Apollonius in der Oase Fayum, wissen wir über das Bankwesen Ägyptens in der Zeit von 280 bis 246 v. Chr. ziemlich genaues Bescheid. Oft genannt wird der Bankier Apthion, Direktor der Bank von Krokodilopolis, der weitreichende Beziehungen und mehrere Filialen unterhielt. Der Münzumsatz war nicht sehr groß, der gefällige Zins für Warenleihen betrug 2 Prozent im Monat. Neben den Geldbanken gab es die großen Getreide- und Warenbanken, deren System hoch entwickelt war und bereits Girokonten- und Warenkreditverkehr erlaubte. Mit dem Emporkommen des römischen Weltreiches, dessen Finanz- und Wirtschaft sich auf den griechischen Ererben aufbaute, verloren die orientalischen Völker ihre bisherige Vormachtstellung, und nach dem Zusammenbruch des Römischen Reiches sanken sie wieder in die primitivste Naturalwirtschaft zurück.

Verdoppelung der Bürgersteuer in Kassel.

— Kassel, 17. Juli. Auf Grund der zweiten Notverordnung des Reichspräsidenten hat Regierungspräsident Dr. Friedensburg angeordnet, daß in der Stadt Kassel im Rechnungsjahr 1931/32 die Bürgersteuer mit dem doppelten Landesatz erhoben wird. Als Grund wird angegeben, der Haushaltsvoranschlag der Stadt Kassel für das Rechnungsjahr 1931/32 schließe nach dem Beschluß der Stadtverordneten, die entgegen dem Antrag des Magistrats die Verdoppelung der Bürgersteuer abgelehnt haben, mit einem ungedeckten Fehlbetrag von 708 898 M. ab. Unter Berücksichtigung der Erleichterungen, die die Notverordnung vom 5. Juni 1931 der Stadt bringe, und unter Berücksichtigung des Mehrbedarfs für den Wohlfahrtsrat nach dem Ergebnis der letzten Monate und des Rückgangs der Reichsteuereinzahlungen vermindert sich dieser Fehlbetrag nach einer vom Magistrat aufgestellten Übersicht auf 545 898 M. Allerdings ist hierbei der Rückgang der Reichsteuereinzahlungen mit etwa 100 000 M. zu niedrig geschätzt, so daß der Fehlbetrag auf rund 650 000 M. anwachsen wird. Mit der angeordneten Verdoppelung der Bürgersteuer wird der Haushaltsplan zwar nicht ausgeglichen, der Fehlbetrag wird aber auf ein erträgliches Maß herabgesetzt.

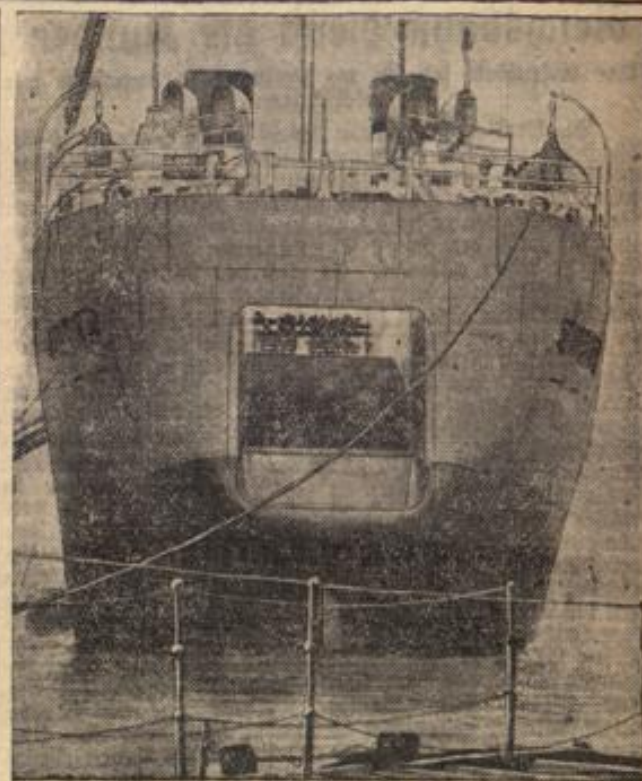
— Eppstein i. L., 18. Juli. In zwei gut besuchten Versammlungen wurde beschlossen, vom 8. bis 13. September d. J. wieder eine Wölbelausstellung in Eppstein abzuhalten. Daran werden sich nicht nur der größte Teil der Wölbelschreinermeister aus Eppstein, sondern auch Schreinermeister aus Todenhausen, Premthal und Vorschbach beteiligen. Besonderer Wert wird von den Ausstellern darauf gelegt, daß sie in keiner Weise beeinträchtigen, den notwendigen preisregulierenden Zwischenhandel auszuscheiden.

— Elmshorn (Rheinl.), 17. Juli. Die Leichen der drei Eismohmer Kinder, die in der letzten Woche bei dem Autounfall den Tod im Rhein fanden, konnten jetzt gelandet werden. Der kleine Rauhgold wurde in der Nähe des Guntersblumer Häuschens, kein am Wäldchen bei Oppenheim und Venz, wie schon gemeldet, zwischen Laub und Vorch gelandet. Gemeinsam, wie sie den Tod fanden, werden sie am Samstag zur letzten Ruhe gebettet.

— !! Vorch a. Rh., 17. Juli. Von seinem eigenen Fuhrwerk überfahren wurde heute mittags in der Nähe der Hüttenmühle bei Vorch der 48jährige Wilhelm Röhbach aus Hilgenroth. Beim Abnehmen der Pferdebedeckung schaute plötzlich das Pferd, der Mann kam zu Fall und das leere Fuhrwerk ging ihm über beide Beine. Das rechte Bein wurde dabei gedrohen. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde der Verunglückte nach Wiesbaden ins Paulinenkloster transportiert.

— !! Camp, 17. Juli. Die Bahnmeisterei Camp hat in dieser Woche 70 Zeitarbeiter angenommen, die durch das Arbeitsamt verwiesen wurden. Die Hilfskräfte sind erforderlich bei Gleisumbauten, Brücken- und Unterführungsverstärkungen.

— m. Altkirchen (Westerwald), 17. Juli. In der letzten Stadtratssitzung wurde der Haushaltsvoranschlag für 1931 genehmigt. Der Etat konnte ausgeglichen werden ohne



Eine schwimmende Fabrik.

Der canadische Walfischfänger Cosmos II stellt den modernsten Typ eines Fangschiffes dar. Die erlegten Tiere werden sofort im Rumpf des Schiffes zerlegt und verarbeitet.

Steuererhöhung und Neueinführung der Bier- und Bürgersteuer. Die Einnahmen und Ausgaben des ordentlichen Haushaltsplanes betragen 197 000 M., der außerordentliche Haushaltsplan schließt mit 9500 M. Es werden 200 Proz. Zuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer erhoben.

— Altkirchen, 17. Juli. Die Frau des Landwirts Schaub wurde beim Abfahren von einer plötzlich wild gewordenen Kuh mit den Hörnern aufgeschrien. Die Hörner drangen der Frau tief in den Leib ein, so daß höchste Lebensgefahr besteht.

— Montabaur, 17. Juli. Zwischen Birnbach und Weyerbusch fuhr ein Motorradfahrer in einer Kurve einen Fußgänger an und stürzte. Er erlitt schwere Verletzungen, denen er auf dem Wege zum Krankenhaus erlag. Der Fußgänger erlitt einen Oberschenkelbruch.

— Winnen, Kr. Westerburg, 17. Juli. Das seltene Fest der diamantenen Hochzeit begingen die Eheleute Karl Hof und Frau Johanna, geb. Schöninger. Vom Reichspräsidenten ging auch ein Glückwunsch ein.

Völkerbund und Ehefrauen.

Die erste Völkerbundskommission von Frauen.

Von unserem Völkerbundsberichterstatter.

Es ist eine beklagenswerte, aber wenig bekannte Tatsache, daß die Frage der Nationalität der Ehefrau international überaus uneinheitlich geregelt ist; wenig bekannt vor allem deshalb, weil eben zwischen Angehörigen verschiedener Staaten nicht gerade die Norm ist, obwohl sie namentlich nach dem Kriege häufiger geworden sind als in früheren Zeiten. Es gibt Staaten, welche der Frau eines ihrer Staatsangehörigen ohne weiteres das Bürgerrecht geben, es gibt andere, die sie nicht anerkennen. Eine Frau, die einen Ausländer heiratet, verliert im einen Staat ihr Heimatbürgerrecht, im anderen behält sie es. So sind Fälle von Staatenlosigkeit infolge von Verheiratung nicht selten, andererseits gibt es auch Fälle von doppelter Staatsangehörigkeit. Eine Österreicherin z. B., die einen Angehörigen der Vereinigten Staaten heiratet, verliert ihre österreichische Staatsangehörigkeit, ohne die amerikanische zu erhalten; sie wird also staatenlos. Umgekehrt behält etwa eine Argentinierin, die einen Deutschen heiratet, nach argentinischem Gesetz ihre Nationalität, während sie nach deutschem Recht die deutsche Nationalität erwirbt, — sie besitzt also doppelte Staatsangehörigkeit. Darüber hinaus kann die Ehefrau mit einem Ausländer in manchen europäischen Ländern für die Frau noch größere Ungerechtigkeiten nach sich ziehen. So verliert z. B. die Österreicherin, um bei diesem Fall zu bleiben, bei einer Heirat mit einem Amerikaner nicht nur ihre Staatsangehörigkeit, sondern auch, wenn sie etwa Ärztin, Rechtsanwältin oder etwas Ähnliches war, das Recht, in Österreich ihren Beruf weiter auszuüben, sowie alle erworbenen Pensionsrechte.

Der Völkerbund hat schon auf der sogenannten Haager Kodifikationskonferenz für internationales Recht den Versuch gemacht, das Nationalitätenproblem zu lösen; dieser Versuch ist bisher gescheitert. Nun ist man einen anderen Weg gegangen. Man hat die großen Weltorganisationen der Frauen, deren es acht gibt, eingeladen, selbst in Genuß eine Kommission zu bilden und dem Völkerbund Vorschläge für eine einheitliche Regelung der Frage der Staatsangehörigkeit der Ehefrau vorzulegen. Das ist jetzt geschehen. Die Kommission, die — zum erstenmal in der Geschichte des Völkerbundes — ausschließlich aus Frauen bestand, ist in Genuß zusammengesetzt. Die hier versammelten Frauen haben die Grundzüge für ein einheitliches Ehe-Weltgesetz für die Fragen der Nationalität ausgearbeitet, das von der Voraussetzung der völligen Rechtsgleichheit von Mann und Frau in Staatsangehörigkeitsfragen ausgeht. Was jedoch die Regelung der Staatsangehörigkeit im einzelnen betrifft, so hat auch diese Kommission keine vollkommen einheitlichen Vorschläge gemacht. Ein Vorschlag erstrebt eine Lösung in dem Sinne, daß die Ehefrau in jedem Fall der Staatsangehörigkeit des Mannes folgen solle, während ein anderer Vorschlag darauf hinausläuft, der Frau bei der Eheschließung mit einem Ausländer die Wahl zu überlassen, ob sie ihre alte Nationalität behalten oder die neue — des Mannes — erwerben möchte. Dieser Vorschlag ist zwar der weitergehende und liberalere, doch dürfte seine Verwirklichung erhebliche Schwierigkeiten für den Gesetzgeber bringen, während der andere Vorschlag infolge seiner Einfachheit, größere Ausflüsse auf allgemeine Annahme hat. Die Vorschläge der ersten Frauen-Kommission des Völkerbundes werden im September die Völkerbundsversammlung und den Völkerbundrat auf ihren Tagungen beschäftigen.

eines Ausweises vorgestellt hatte, zu sich als Gast ein. Levy eröffnete seinem Gastgeber schließlich, sein Vater habe die Absicht, in Saarbrücken ein Edelstein- und Juwelengeschäft aufzumachen, wozu er, der „junge“ Levy, beauftragt sei, in Saarbrücken einzutreten. Natürlich konnte ihm der Gastgeber auch in diesem Punkte dienen. Er übergab dem „jungen“ Levy, der sicher und weitgewandt austrat, Edelsteine im Werte von 72 000 M., die der Käufer mit einem Scheck zu bezahlen sich bereit erklärte. Nach Abschluß auch dieses Kaufs blieb der Gauner noch bis zum Sonntag Gast des entgegenkommenden Geschäftsmannes. Als dem Juwelenhändler die Saarbrücker Justizstelle die Einlösung des Wechsels für den Hauskauf und den Scheck für die Juwelen verweigerte, stellte sich heraus, daß er einem gewissen Gauner in die Hände gefallen war. Er hatte die Namensgleichheit mit einem früher in Saarbrücken wohnhaften Bankier zu dem Betrug benutzt.

Zu der Groß-Gerauer Missetat.

— Groß-Gerau, 17. Juli. Zu der schweren Missetat am Donnerstag ist noch nachzutragen, daß das Befinden des durch Lungenschuß schwer verletzten Weinhäfer sich bis Freitagmorgen nicht verschlechtert hat, doch besteht immer noch Lebensgefahr. Der erschossene Hammer hinterläßt vier Kinder, von denen das älteste 15 Jahre alt ist. Sommers Frau ist kürzlich erst gestorben, so daß die vier Kinder jetzt Vollwaisen sind. Die Wistole, mit der der Nationalsozialist Stier die Tat verübte, ist nicht dem Wirt von dem Kaufmann Schad übergeben worden, sondern von dem zweiten Ortsgruppenvorsitzenden.

Ein Sägewerk niedergebrannt.

— Rennerod (Westerwald), 17. Juli. In der Donners-tagnacht brach in dem Anwesen des Sägewerksbesitzers Dappprich aus bisher ungeklärter Ursache Feuer aus. Das Sägewerk sowie Stall und Scheune sind vollständig eingeäschert.

Brand durch Filmplosion.

— Lauterbach, 17. Juli. In dem Nachbarort Blitzenrod entstand Donnerstagnachmittag in der Mietwohnung eines Hauses ein Brand, bei dem zwei Zimmer mit der vollständigen Einrichtung ausbrannten und auch an dem Hause durch die Völkarbeiten der Feuerwehr erheblicher Schaden angerichtet wurde. Die Ursache des Brandes ist darin zu erblicken, daß der Wohnungsinhaber mit einigen Filmpfeifen hantierte und sich dabei eine Zigarre anzünden wollte, wobei ein Stück des Streichholzes auf die Filmpfeifen fiel und diese sofort explodierten. Im Handumdrehen stand die ganze Wohnung in hellen Flammen. Der Mann wurde durch Brandwunden im Gesicht und an den Händen erheblich verletzt. Außerdem hat er den Verlust seiner ganzen Wohnungseinrichtung zu beklagen. Dem tatkräftigen Eingreifen der Ortsfeuerwehr gelang es, den Brand auf seinen Herd zu beschränken.

Reichsbahn-Dienst am Kunden.

Der Aufenthalt soll für die Reisenden so angenehm wie möglich sein.

Die Deutsche Reichsbahn hat in diesen Wochen alle Bediensteten in einem besonderen Aufruf und unter Beifügung entsprechender Richtlinien aufgefordert, für eine glatte und reibungslose Abwicklung des stärkeren Reiseverkehrs in den Sommermonaten zu sorgen, um so den Fahrgästen das Reisen und sich selbst den Dienst zu erleichtern. In diesem Aufruf heißt es unter anderem: Es muß das ständige Bestreben aller Bediensteten sein, den Reisenden den Aufenthalt auf den Bahnhöfen und in den Zügen so angenehm wie möglich zu gestalten und ihnen hierdurch das Reisen in den Zügen der Deutschen Reichsbahn in jeder Weise zu erleichtern. Im Verkehr mit den Reisenden sollen die Bediensteten stets höflich und zuvorkommend, dabei aber entschieden auftreten. Erzielte Auskünfte sollen in zuvorkommender und erschöpfender Weise erteilt werden. Kann eine gewünschte Auskunft nicht in erschöpfender Weise gegeben werden, so sollen die Nachfragenden an die zuständigen Stellen verwiesen werden. Zur schnellen Unterbringung der Reisenden sollen sich die Bahnbediensteten und Zugbegleitbediensteten über die Befehle des Zuges dauernd unterrichten, die Reisenden sofort nach dem Anhalten des Zuges auf die noch nicht vollbesetzten Wagen und Abteile aufmerksam machen und darüber machen, daß Reisende nicht mehr Plätze für sich belegen als Fahrkarten gelöst sind. Ganz besonders soll sich das Personal einreisender Frauen, Mädchen und Kinder, hilfsbedürftiger Kranke und des Reisens augenscheinlich unkundiger annehmen, ihnen beim Ein-, Um- und Aussteigen behilflich sein und sie auf den Umsteigebahnhöfen an den Aufsichtsbereichen oder den Zugführer des Anschlußzuges verweisen. Auch das Reiseespaß soll sorgfältig und schonend behandelt werden. Das Verladen und Schleifen größerer und schwerer Gepäckstücke ist auf Anordnung der Hauptverwaltung zu unterlassen und dafür zu sorgen, daß Handwagen und Karren auch auf kleineren Bahnhöfen, wo ein Bedürfnis dafür vorliegt, zur Verfügung stehen. In den Zügen und auf den Bahnhöfen wird auf peinlichste Ordnung und Sauberkeit, insbesondere auf Sauberkeit der Abortanlagen, geachtet, und für strenge Durchführung der Bestimmungen über die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Zügen des Personenverkehrs gesorgt. Die Sicherheit in den Zügen soll dadurch gewährleistet werden, daß die Zugführer und Schaffner in den Eil- und D-Zügen auch nach der Fahrkartenprüfung möglichst oft durch den Zug gehen und dabei für Ordnung und Sicherheit der Reisenden sorgen, ohne, besonders bei Nachfahrten, die Reisenden unnötig zu belästigen. Alle freie Zeit soll zur Ausübung des Sicherheitsdienstes verwendet werden.

Neues aus aller Welt.

Ein 16-Jähriger erschlägt seinen Vater. Eine furchtbare Mordtat spielte sich am Freitagmorgen in einem Hause in der Kopfstadtstraße in Essen a. d. R. ab. Der 16jährige Arbeiter Johann Theis brachte seinem im Bett liegenden 42jährigen Vater mit einem Beil mehrere Schläge bei, von denen jeder einzelne unbedingt tödlich gewirkt haben muß. Der Täter stellte sich kurz darauf selbst der Polizei. Der Ermordete hatte seinem Jungen wiederholt heftige Vorwürfe gemacht, weil er abends oft spät nach Hause kam und sich in Wirtshäusern aufhielt.

Anklageerhebung gegen die Brüder Hedenborg. Die Staatsanwaltschaft Potsdam hat Anklage gegen die Brüder Franz und Walter Hedenborg vorläufig nur wegen der beiden Diebstähle bei einem Bankdirektor in Wannsee und einem Fabrikbesitzer in Gellnow erhoben. Franz Hedenborg ist des schweren Diebstahls und der Hehlerei, Walter Hedenborg wegen schweren Rückfalldiebstahls in zwei Fällen angeklagt.

Mord in Leipzig. In der Waldantone in Leipzig-Leutzsch wurde der Gastwirt Richard Sasse von drei jungen Burken niedergeschossen. Die Täter ergriffen die Flucht und entliefen unerkannt. Sasse wurde mit schweren Schußverletzungen nach dem Krankenhaus gebracht, wo er kurz darauf gestorben ist. Die Streife nach den Tätern blieb erfolglos, obwohl die Polizei die anliegenden Wälder bis in die Morgenstunden durchsuchte.

Das Stargarder Gerichtsgebäude abgebrannt. Wie aus Stargard (Pommern) gemeldet wird, schlug während eines heftigen Gewitters am Freitagmorgen ein Blitz in das Amtsgericht ein, das gleich darauf in hellen Flammen stand. Der Dachstuhl sowie der linke Flügel des dritten und des zweiten Stockwerkes sind völlig ausgebrannt. Der Schwurgerichtssaal und mehrere Räume der Staatsanwaltschaft, in denen sich wichtiges Aktenmaterial befand, wurden vernichtet. Weitere Akten sind durch das Wasser bei den Löscharbeiten zerstört worden. Die Mannschaften der Freiwilligen Feuerwehr und der Eisenbahner-Feuerwehr reichten zur wirksamen Bekämpfung des Feuers nicht aus, sodaß Mannschaften des Infanterie-Regiments Nr. 9 zur Hilfeleistung herangezogen werden mußten.

Eine tschechoslowakische Ortschaft in Flammen. Am Freitagmorgen entstand in der Gemeinde Bazec (Bezirk Viptovsky Sv. Mikulas) in einem Wohnhause ein Brand, der rasch eingedämmt werden konnte. Der Wind entfachte das Feuer aber neuerdings, und in kurzer Zeit stand fast die ganze 573 Häuser zählende Gemeinde in Flammen. Bis zu den Mittagstunden fielen dem Brande mehr als 350 Häuser zum Opfer. Es konnte nicht festgestellt werden, ob in den Trümmern auch Menschen umgekommen sind. Zahlreiche Personen wurden zum Teil schwer verletzt. An der Brandstätte erschienen zahlreiche Feuerwehren aus der nahen und weiteren Umgebung. Durch das Feuer wurde auch das Pfarramt, die Schule, das Postamt, das Gemeindeamt und das Notariat vernichtet.

Marktberichte.

Mainzer Produktenbörse.

Mainz, 17. Juli. Die heutige Börse wurde durch die augenblickliche Lage nicht bemerkenswert beeinflusst. Angebot und Nachfrage gingen sich unter Berücksichtigung der geringen Vorräte alter Ernte und der noch nicht erfolgten genügenden Mengen neuer Ernte aus. Durch die infolge der vorgerückten Jahreszeit naturgemäß sehr kleinen Bestände blieb das Geschäft auch in engsten Grenzen.

Der Haager Weltgerichtshof.

Wie er arbeitet und wie er aussieht.

Im Haag, Juli 1931.

Der Weltgerichtshof im Haag ist erstens eine Richterbehörde, zweitens ein Gerichtsgebäude. Die Behörde wechselt nach Mitgliederanzahl und Zusammenstellung. Statt der elf Richter, aus denen die Court ursprünglich bestand, sind es jetzt deren fünfzehn. Deutschland, das dem Collegium zu Beginn nicht zugehörte, ist jetzt durch Professor Dr. Schücking darin vertreten. Amerika, das sich im Anfang bei Seite hielt, hat heute M. Kellogg als Richter nach dem Haag entsandt. Der Vorsitz wechselt alle fünf Jahre. Der erste Vorsitzende des Collegiums war der Holländer Loder, Professor Huber aus der Schweiz hatte den Vorsitz während zweier Perioden inne, heute steht der Japaner Abashi an der Spitze. Während der staatspolitischen Prozesse haben solche Staaten, die im Collegium nicht durch einen Richter vertreten sind, das Recht, einen Zusatzrichter zu bestimmen, sodaß denn der Prozeß um die Rechtsgültigkeit des deutsch-österreichischen Zollpatents damit beginnen wird, daß man zunächst für das im Collegium nicht vertretene Österreich einen Zusatzrichter bestellt.

Was für das Richtercollegium in seiner Zusammensetzung gilt, nämlich daß es unsterk und meist wechselnd ist, dies gilt auch für den Aufenthalt dieser hohen Beamten im Haag. Sie sind nämlich hier, an der Stätte des obersten internationalen Rechtspruchs zumeist nicht anwesend. Sie kommen nach dem Haag nur wenn es höchste Zeit, nämlich wenn eine Tagungsperiode des Gerichts im Anzuge ist. Dauernd im Haag lebt eigentlich nur der Schriftführer der Court, der Schweizer Hammerfeld, und der zweite Schriftführer, der Norweger Jorstad. Ehemalig war dieses Richterzugehörigen der Richter so schlimm, daß sie sich sogar während dringender Sitzungsangelegenheiten weit fort vom Haag, in fernsten Weltteilen aufhielten und nicht zu erreichen waren. Die neuen, vom Völkerbund aufgestellten Statuten bestimmen jedoch, daß die Richter, falls sie sich schon nicht im Haag niederlassen wollen, doch nicht weiter als 24 Eisenbahnstunden entfernt vom Haag leben dürfen, binnen einem Tage also an Ort und Stelle sein können.

Die meisten der am Haager Gericht tätigen Richter leben in Paris. Der Abstand zwischen Haag und Paris beträgt 6½ Stunden. Der gewählte Aufenthaltsort entspricht also durchaus den Vorschriften der Statuten. Ob dieser Aufenthaltsort dem Geiste und dem Sinn des Gerichtsinstituts entspricht, das ist eine andere Frage. Kann wirklich ein dauernder Aufenthalt in der Hauptstadt Frankreichs die notwendige Denkschärfe eines solchen obersten Streitschlichters gewährleisten? In Paris, wo lediglich englische und französische Zeitungen zur Verfügung stehen, wo jeder einzelne Einwohner sich ganz unbewußt mit den Interessen des europäischen Westens verschwört, muß die Einstellung zu den laufenden politischen Vorgängen notwendig einseitig ausfallen. Wenn Paul Boncour, der Frankreich aus dem bevorstehenden Haager Prozeß als Anwalt vertreten wird, soeben im „Journal“ schrieb, die österreichisch-deutsche Zollunion sei wegen der sich dahinter abzeichnenden Anschlussbewegung für Frankreich und die ehemaligen Alliierten eine tödliche Gefahr, so können die in Paris lebenden Mitglieder der Court solchen Behauptungen, dem reihorischen Lärm solcher Behauptungen sich natürlich schwer entziehen.

Es ist also wohl so, daß die hohe Behörde wie in Zusammenfassung und in Daseinsführung, so auch in ihrer Meinungsbildung unsterk ist. Damit soll nicht gesagt sein, daß der

Gerichtshof sein Togamantelchen nach dem gerade wehenden Winde hängt. Einem Drude von außen, insofern er sich allzu deutlich offenbart, wird der Gerichtshof zweifellos Widerstand entgegensetzen. Andererseits sind es doch eben auch politische Interessen, auf die der Gerichtshof beim Finden und Formulieren seiner Urteile achtet, darauf achten muß, daß er unabhängig vom Völkerbunde in Genf ist und da dieser ja eben ein politisches Instrument ist. Man darf mithin neugierig sein, wie gerade im Falle der deutsch-österreichischen Zollunion der Gerichtshof den rein juristischen mit den politischen Gesichtspunkten in Einklang bringen wird.

Die bevorstehende Tagung findet im größten Saale des Haager Friedenspalastes statt, in dessen Gestalt und Dasein wir die stabile, die dauernde Seite dieses in sich nicht untragwürdigen Instituts vor uns haben. Der Friedenspalast, eine Stiftung des amerikanischen Multimillionärs Carnegie, steht im schönsten Teile dieser durch Gärten, Parkanlagen, hübschen Villenkomplexe ausgezeichneten Stadt. Es ist ein Gebäude im Stile der altägyptischen Tempelhallen, erbaut von dem Viller Architekten M. Cordonnier. Die Besucher aus Amerika finden das Gebäude wunderschön, die Besucher aus Europa meistens gräulich. Anhänger der neuen Sachlichkeit werden das wichtigste vermissen, nämlich daß das Gebäude den Zweck, dem es dient an der Stirn geschrieben trägt. Nein, man kann diesem Stil-nachahmende Palaste wirklich nicht ansehen, daß es just ein Justizgebäude ist, weder von außen noch von innen.

Der innere Raum ist bei aller Weitläufigkeit schlecht verteilt. Im Hauptverhandlungssaal ist die Akustik bekanntermaßen schlecht. Für zahlreiche Kongresse, die im Haag alljährlich abgehalten werden, wäre der Friedenspalast der angemessene Tagungsort, wenn eben das Gebäude dazu rein äußerlich geeignet und zureichend wäre.

Der Palast ist mit vielerlei Kunstwerken geschmückt, Stifungen, die bei der Einrichtung von den verschiedenen Staaten dargeboten wurden. Das schmiedeeiserne Gitter um den weiträumigen Park herum mit den mächtigen Eingangstürflügeln ist eine Stiftung Deutschlands. Dänemark stiftete einen schönen figürlichen Brunnen aus Kopenhagener Porzellan, der im inneren Hofe aufstellung fand. Die Erinnerung an Zar Nikolaus II. von Rußland hält eine kostbare Zipsenase wach.

Zum Weltgerichtshof gehört eine reichbestellte Bibliothek mit zugehörigem öffentlichem Lesesaal. Die Bücherreihe reicht heute im Besitze von 80 000 Bänden, zu denen 12 000 periodische Veröffentlichungen hinzukommen (Zeitschriften, Staatsanzeiger). Da das Budget der Bücherei nur 20 000 Gulden beträgt, ist man stark auf freiwillige Bücherzuwendungen angewiesen. Besonders eifrig wird die Bücherei aus Amerika, England, Deutschland bedacht. Aus Deutschland laufen hier regelmäßig ein: die Druckfahnen des Reichstages, der deutsche Staatsanzeiger, das Amtsblatt der Regierungskommission des Saargebietes, das Gesetz- und Verordnungsblatt verschiedener Einzelstaaten.

Um den Palast herum zieht sich ein wundervoller, im englischen Stil gehaltener Park, wo jetzt die Rosen duften, rote Goldfische um weiße Teichpfosten schwärmen, Kinder auf Kieswegen spielen, wo alles Frieden, Sicherheit, Wohlleben atmet, Gegenstück dessen, was Europa im Augenblick ganz und gar nicht besitzt.

Aus den Gerichtssälen.

Darf die Hausangestellte Radio hören?

Das Arbeitsgericht Berlin hatte sich jetzt zum erstenmal mit der Frage zu befassen, ob es ein Entlassungsgrund ist, wenn eine Angestellte sich gegen den Willen des Arbeitgebers einen Radioapparat zulegt. Um das Urteil vorweg zu nehmen: das Arbeitsgericht hat die Frage bejaht.

Fräulein Anna, ihres Zeichens Hausangestellte, war sehr modern eingestellt. Sie trug Kubistopf und rauchte Zigaretten, hatte aber keinen Freund. Während das im allgemeinen bei Hausangestellten vom Arbeitgeber sehr geschätzt wird, wurde die „Solidität“ bei Fräulein Anna zum Ärgernis. Anna hatte nämlich einen Radioapparat, mit dem sie die freie Zeit ausfüllte, die ihre Kolleginnen im allgemeinen dem Freunde widmen. Jede freie Minute stellte Anna ihren Radioapparat an und die lieblichsten Weisen oder uninteressantesten Vorträge erschallten in der Küche. Das wäre noch nicht schlimm gewesen, wenn Anna nicht auch noch eine sogenannte Bastlerin gewesen wäre. Sie bastelte immer an ihrem Apparat herum, denn, da ihr Sinn nach Höherem stand, versuchte sie alle ausländischen Stationen zu bekommen. Dem Lautsprecher des Hausherrn, um den sich die Familie von Annas Arbeitgeber allabendlich in der „guten Stube“ versammelte, entquollen infolgedessen die schrecklichsten Quatschöne. Anna wurde daraufhin verurteilt, ihren Radioapparat anzustellen, wenn die Herrschaften Vorträgen aus dem Äther zu erhalten wünschten. In schärfster Form wurde Anna nicht, sie vertrat die Auffassung, in ihrer Freizeit tun und lassen zu können, was sie für richtig halte. Und da sie nun einmal eine leidenschaftliche Funkbastlerin war und ihren Anschluss keine Vorschriften zahlte, ließ sie sich über ihren Empfang keine Vorschriften machen. Das Ende vom Lied war Annas fristlose Entlassung. Das Arbeitsgericht stellte in diesem ersten Radiostreit fest, daß die fristlose Entlassung zu Recht erfolgt war. Anna müsse sich der Hausordnung des Arbeitgebers fügen, auch in der Freizeit.

Ein König der Hochstapler.

Das Ende eines großen Abenteurers. — Räuberhauptmann, Spieler, Gentleman.

Ein kleiner Dieb wurde dieser Tage nach Verbüßung seiner dreijährigen Haft in Paris auf freien Fuß gesetzt. Der kleine Dieb stand vor dem Gefängnistor und wußte nicht, was zu beginnen. Er besaß weder Geld noch Obdach. Seine Lage war recht verzweifelt. Er konnte doch nicht betteln gehen, und auch stehen wollte er nicht wieder.

Plötzlich hatte der entlassene Sträfling Eropoff Leonide Mezerstsch einen guten Einfall. Er erinnerte sich, daß er noch aus seinen guten Tagen einen Journalisten kannte. Er suchte also seinen alten Bekannten auf, und — demnächst werden „Fürst“ Mezerstschs Lebenserinnerungen erscheinen. Denn das Leben dieses heute 45jährigen Mannes ist ein fesselnder Roman. Er war nämlich nicht nur ein kleiner Dieb, sondern — auch ein internationaler Abenteurer größten Formats, dessen Taten einst die Polizei der ganzen Welt in

Aufregung versetzt hatten. Er trieb sich in der ganzen Welt umher und tauchte in jedem Lande in anderer Gestalt auf.

Mezerstschs Laufbahn begann während des russisch-japanischen Krieges. Was er bis dahin trieb, ist bis heute in tiefes Dunkel gehüllt. Ebenförmig konnte einwandfrei festgestellt werden, woher er stammt. Nur eines steht fest: er war Soldat und kämpfte in der Mandchurie. Doch das Soldatenleben behagte ihm nicht, und nach einigen Monaten desertierte er. Auf seiner Flucht organisierte er eine Räuberbande und wurde der Schrecken der Steppe. Die Banditen schreckten sogar vor Leichenschändungen nicht zurück. Diese Herrlichkeit dauerte aber nicht lange, und Mezerstsch und seine Bande wurde festgenommen, vor ein Kriegsgericht gestellt und zum Tode verurteilt.

In letzter Stunde vor der Hinrichtung kam dann Mezerstsch der Zufall zu Hilfe. Eine Granate schlug in das Gefängnis ein, es entstand eine große Verwirrung, und dem Banditenhauptmann gelang die Flucht. Nun ging er nach Mazedonien und lebte dort als Komitatstsch. Nach einigen Monaten hatte er auch von dieser unsicheren Beschäftigung genug. Er beschloß, auf ungefährlichere Weise sein Geld zu verdienen. Er tauchte in der bulgarischen Hauptstadt auf, aus dem wilden und verwilderten Komitatstsch wurde ein eleganter Lebemann, der sich nun an „Fürst“ Mezerstsch nannte. Er wurde auch ein gern gesehener Gast der vornehmen Gesellschaft Sofias. In einem halben Jahr hatte er sich 300 000 Franken erspändelt und reiste mit diesem Geld an die französische Riviera. Dort trat er ebenfalls als der russische „Fürst“ Mezerstsch auf, spielte den Grandseigneur und verband es, in kurzer Zeit das mitgebrachte Geld zu verjubeln. Mit den letzten spärlichen Resten seines einstigen Vermögens löste er sich eine Schiffslatte und reiste nach Südamerika.

Nun tauchte Mezerstsch wieder in Frankreich auf. In Bordeaux nannte er sich „Oberst“ und eigenartiger Weise waren seine Papiere in bester Ordnung. Eines Tages verschwand er aus der gastfreundlichen Stadt und beglückte Afrika mit seiner Gegenwart. Noch heute weiß niemand, wie er dieses Kunststück fertig gebracht hat. In Afrika ernannte er sich zum „General“ und führte ein herrliches Leben. Als der Krieg beendet war, kehrte er wieder nach Europa zurück. Die erste Station seiner Europa-Fahrt war Prag. Dort verschaffte er sich einen ordnungsmäßigen tschechischen Paß, und nun stand ihm die Welt offen. Er ging nach Sofia, und suchte dort einen seiner alten Freunde, einen ehemaligen Minister, auf. Er lernte auch dessen Tochter kennen. Das junge Mädchen verliebte sich in den „Fürsten“, und bald wurde die Verlobung und kurz darauf Hochzeit gefeiert. Die junge Frau starb nach einjähriger Ehe. Nun prellte Mezerstsch den Schwiegervater um namhafte Summen, mit denen er Ende 1923 als ständiger Gast in den Pariser Spielsalons auftauchte.

Das Glück war ihm aber nicht hold, und der Abenteurer verspielte sein ganzes Vermögen. Nun fiel ihm sein früheres Räuberleben wieder ein. Er brach in ein Hotel ein, stahl zwei Armenien eine halbe Million Franken. Als er auch dieses Geld verpielt hatte, stahl er aus einem Hotelzimmer eine Brieftasche und eine goldene Uhr und wurde dabei ertappt.

Der Sport des Sonntags.

Deutsches Turnen.

Der D.L.-Sprintermeister Pammers, der wieder bei den norddeutschen Meisterschaften in Bremen startete, durchlief die 100-Meter-Strecke in 11,1 Sek. — Im 100-Meter-Hürdenlauf wurde Dahms-Osnabrück in 16,5 Sek. Sieger. — Auf dem 13. Thüringischen Kreisturnfest in Erfurt gelang es Frau Thomm-Junkers im 100-Meter-Lauf ihre frühere Rekordzeit von 12,1 Sek. wieder zu erreichen.

Im Rahmen der Sommerturnmeisterschaften der D.L. am 13. September in Chemnitz wurde ein Handball-Repräsentativspiel Sachsen-Niedersachsen vor-geführt.

Der 21. D.L.-Tag findet vom 26. bis 30. August in Danzig statt.

Auf der Kreisjugendwartungs-Tagung in Stralsund wurde eine Neuordnung der D.L.-Handballmeisterschaft beschlossen. Danach sollen sich im kommenden Jahre insgesamt 32 Mannschaften, und zwar die 18 Kreismeister und weitere 14 Mannschaften in der Vorrunde gegenüberstellen. Auf je 300 Männer- und Jugendmannschaften eines Kreises entfällt ein Teilnehmer. Mehr als 3 Mannschaften können allerdings für jeden Kreis nicht berücksichtigt werden. Der Kreis Mittelrhein würde demnach mit 3 Mannschaften in den Endkämpfen vertreten sein. Dies bedeutet in der Praxis eine Annäherung an die Austragungsform des DSB, die nach der Austragung der D.L.-Vorrunde gleichfalls nur 16 Mannschaften im Endkampf stehen hat. — Das 48. Kaiserbergfest, das am 6. September im Duisburger Stadion stattfand, wurde ausgeschrieben. Es ist offen für Leichtathleten der D.L. und DSB. Die Wettbewerbe verteilen sich wie folgt: Turner-Kampfstärke 1. bis 3. Leistungsstufe: 100 Meter, Hochsprung, Kugelstoßen, Schleuderballweitwerfen. Mannschafsturnen um die Professor-Schmidt-Plakette: wie Kampfstärke. Kampfstärke für Altersturner von 35 bis 40 Jahren: 75 Meter, Hoch- und Weitsprung, Kugelstoßen und Schleuderballwerfen. Dreikampf für Altersturner in 2 Stufen (40 bis 44 Jahre, 45 Jahre und älter): 75 Meter, Hochsprung, Kugelstoßen. Einzelwettkämpfe: 100, 200, 400, 1500, 5000 Meter, 110 Meter Hürden, Hoch- und Weitsprung, Stabhochsprung, Speer- und Diskuswerfen, Kugelstoßen, 4mal 100-Meter, 5mal 1000-Meter-Staffel. Turnerinnen: Vierkampf für 1. und 2. Leistungsstufe: 100 Meter, Weit- und Hochsprung, Speerwerfen, Kugelstoßen, Schlagballweitwerfen und 4mal 100-Meter-Staffel. Die Wettkämpfe finden bis zum 30. August an Piers-Duisburg-Ruhort, Ludwigstraße 33, eintreffend. Der 1. Sieger in der 1. Leistungsstufe für Männer und Frauen erhält eine von der Stadt Duisburg gestiftete Plakette. Ferner werden Kränze (für die Mehrkampfturner) und Urkunden (für die Einzelkämpfer) verteilt.

Leicht-Athletik.

Die aufwärtsstrebende Leichtathletik-Abteilung des Sportvereins hat morgen einen Großkampstag. Die Jugend startet auf dem Nationalen Jugendportfest in Darmstadt. Diese Veranstaltung genießt einen guten Ruf, und wir finden alljährlich um diese Zeit Deutschlands beste Jugendliche am Start. Paul Streib und Wilhelm Streib, die bei den Bezirksmeisterschaften in Frankfurt und den Universitätsmeisterschaften in Marburg sehr schöne Erfolge erringen konnten, bestreiten in Gießen mehrere Wurf- und Sprungkonkurrenzen. Das Gros der Abteilung in Stärke von 18 Mann begibt sich zu den Rübungenpielen nach Worms. Die Mannschaft ist so stark, daß sie außer zahlreichen Einzelwettkämpfen, sieben Staffeln, darunter eine 10x100-Meter-Staffel, mit guten Aussichten auf Erfolg, belegen kann. Sehr stark erscheint die Schwedenstaffel (400, 300, 200, 100 Meter) mit Schwethelm, Leimer, Ost und Mondel, sowie die 4x400-Meter-Staffel mit Götzen, Leimer, Sander, Schwethelm. Abfahrt: 7.14 Uhr nach Worms.

Tennis.

Interzonalfinale im Davis-Cup.

England — Amerika 1:1. — Der 1. Tag.

Am Freitag nahm im Roland-Garros-Stadion zu Paris das Interzonalfinale im Davis-Cup seinen Beginn. Zu den beiden ersten Einzelspielen hatten sich 8000 Zuschauer eingefunden, die aber nur im ersten Spiel einen aufregenden Kampf zu sehen bekamen und zugleich eine kleine Überraschung erleben durften, da es dem englischen Spitzenspieler Austin gelang, den Amerikaner Wood in vier Sätzen zu schlagen. Austin begann den Kampf recht schwach und verlor den ersten Satz mit 2:8. Dann aber wurde Austin überlegen, erreichte durch einen 6:0-Erfolg den Gleichstand und brachte nach allerdings härtestem Kampf auch die beiden nächsten Sätze mit 8:6, 7:5 an sich, so daß England mit 1:0 in Führung lag.

Die zweite Begegnung zwischen Perry und Shields entfaltete dagegen, da der Engländer unter Form spielte. Nur im ersten Satz leistete er energiegelassen Widerstand, doch legte Shields hier 10:8, der dann mit seinem Bombenausschlag, den der Engländer nicht zu nehmen mußte, mit 6:4, 6:2 das Wettspiel an sich brachte und für Amerika mit 1:1 den Gleichstand erreichte. Trotz des 1:1 muß man den Amerikanern die besseren Chancen geben, da es fraglich erscheint, ob sich Austin auch gegen Shields durchsetzen kann.

Ergebnisse: Austin (England) — Wood (Amerika) 2:8, 6:9, 8:6, 7:5. Shields (Amerika) — Perry (England) 10:8, 6:4, 6:2.

Brenn rehabilitiert.

In der Revisionsverhandlung vor dem Kammergericht gelangte der Prozeß des deutschen Spitzenspielers Daniel Brenn gegen die Firma Hammer erneut zur Verhandlung. Brenn war vom Schöffengericht und der Strafkammer wegen Verleumdung zu einer Geldstrafe von 300 M. verurteilt worden. In der Revisionsverhandlung kam das Kammergericht zu einem Freispruch Brenn, wobei die Kosten der Verhandlung der Firma Hammer auferlegt wurden.

Eine kombinierte 1. und 2. Mannschaft des Tennis-Klubs Blau-Weiß spielt am Sonntag gegen den Tennis- und Eislaufverein Cronberg. Wenn auch Cronberg nicht mit seinem Spitzenspieler Donner antritt, so wird die Wiesbadener Mannschaft alles daran setzen müssen, um ein günstiges Ergebnis für sich herauszuholen. Besonders in den Doppelspielen ist die Cronberger Mannschaft sehr gut seit Jahren eingestellt. Die Blau-Weiß-Junioren vertreten: Herren: Jörn, Dhl, Ruffenbaum, Schweiger, Wulf, v. d. Schmidt, Hees; Damen: Frau Jörn, Frä. Hennerich, Frau Oberst, Abraham, Frau Strengert, Frau Hamburger, Frau Dr. Jung. Die Spiele beginnen um 9 Uhr auf den Klubplätzen der Blumenwiese.

Die Juniorenmannschaft des Klubs unter Führung von Herrn Eigenbrodt begibt sich auf eine Ferien-spielfahrt, um gegen die Junioren von Bad Ems, Andernach und Koblenz Wettspiele auszutragen. Es ist das erste Mal, daß die Blau-Weiß-Junioren eine Ferienreise unternehmen. Leider muß Wiesbaden auf den besten Junioren Dhl verzichten. Die Aufstellung lautet: Junioren: Philipps, Korn, Ries, Otto, Wergenthal; Juniorinnen: Hammerstein, Schmidt, Nisch, Struß, Jipp.

Radsport.

15. Etappe der „Tour de France“ Nizza — Gap.

Die 15. Etappe der „Tour de France“, die von Nizza nach Gap über 232 Kilometer führte, brachte aufregende Momente. Bei der zudem noch sehr schwierigen Strecke wurden Angriffe auf A. Magne unternommen, um ihn aus seiner Führungsstellung im Gesamtklassement zu vertreiben. Die Italiener unternahmen den ersten Angriff, der natürlich lebhafte Unterfütterung bei den Fahrern fand. Potenti war dem Feld bei seinem Versuch bald entsetzt, um so mehr, als er Unterstützung in seinem Landsmann fand. Magne, der allein gegen die Angriffe mächtig war, hügte an Feld ein, so daß die Ausreißer bald einen Vorsprung von drei Minuten erreicht hatten. Pelissier nahm sich nun Magne an, und gemeinsam ging es auf die Verfolgung der Ausreißer. Ihm vor allem hat es Magne zu verdanken, daß er den ersten Platz im Gesamtklassement weiter führen kann. Unverhofft ging die Jagd weiter, bis die beiden Ausreißer, Demuyere und Potenti, nur noch einen Vorsprung von etwas über einer Minute hatten, den sie allerdings bis ins Ziel verteidigten. Die deutschen Fahrer hielten sich bei der schweren Jagd sehr gut. Buse hatte 100 Meter vor dem Ziel Pech durch Reifenschaden, so daß er etwas zurückfiel.

Wassersport.

Wichtig für Paddler und Kanufahrer.

Die Befahrungsvorschriften für Rhein und Altrhein.

Das Hessische Wasserbauamt Mainz teilt mit: Die Ende Juni in den Tageszeitungen veröffentlichten Befahrungsvorschriften für Rhein und Altrhein sind, da sie zum Teil nur auszugewiesene wiedergeben wurden, vielfach mißverstanden worden. Um die Wassersportler vor unbeabsichtigter Übertretung zu bewahren, wird mitgeteilt:

An den Ufern des Haupt Rheins sowie der Altrheine ist, mit Ausnahme des linksseitigen Ufers des Stadt-Beerfeldener Altrheins, für das Lagern und Aufschlagen von Zelten bis auf weiteres ein Uferstreifen von etwa 5 Meter Breite der Allgemeinheit freigegeben. Der freigegebene Uferstreifen findet in der Regel eine sichtbare Begrenzung in der Länge des Ufers hinziehenden Doppelreihe. Ausgenommen hiervon sind Uferstreifen vor geschlossenen Obstanlagen, die in Dauerpacht vergeben sind und die im Privateigentum stehen. Diese Uferstreifen sind durch Verbotstafeln besonders bezeichnet.

Auf der für die Mainzer Wassersportler hauptsächlich in Betracht kommenden Strecke Rierstein — Mainz sind für das Lagern usw. demnach folgende Uferstreifen verboten: a) linkes Ufer der Insel Rierstein mit Ausnahme der Anlandungen, der Kopf der Sandsteininsel bis km 320,500 Stromabwärts; b) rechtes Ufer von km 314 bis 314,7, von km 315,3 bis 316,9 (Goldgrund), das links- und rechtsseitige Ufer des Goldgrundes von km 317,750 bis zum Steindamm an der Hohenau, von km 320,5 bis 323,5 (Rangenau), von 324,6 bis 325 (Konnenuau) und die Belauinsel, am Ginsheimer Altrhein auf der linken Seite die Graslohe 25, 26, 38, 39, 41, 42, 43 und 44 und von Graslos 82 bis zur Rampe gegenüber der Schwarzbachmühle; auf der rechten Seite vom Steindamm an der Hohenau bis zur Schwarzbachmühle.

Auf den nicht freigegebenen Strecken können jedoch einzelne Lagerplätze gegen eine Gebühr von mindestens 5 M. für eine Person freigegeben werden. Der Antrag ist beim Staatlichen Wasserbauamt Mainz zu stellen.

Es ist nicht gestattet, räumliches Gelände zu betreten, falls bei höherem Wasserstand der vordere Uferstreifen von etwa 5 Meter Breite überflutet ist. Das Verbot des Badens an bestimmten Stellen wird durch die Freigabe des Uferstreifens nicht berührt.

Schwimmen.

Der Länderkampf Deutschland — England, auf den bereits verschiedentlich hingewiesen wurde, gelangt heute in Harburg-Wilhelmsburg und am Sonntag in Lübeck zur Austragung. Die englische Mannschaft ist bereits in Deutschland eingetroffen. Der Länderkampf besteht aus der Staffel und einem Wasserballspiel.

In Münster veranstaltet der SV. 1891 ein Jubiläums-Schwimmfest, an dem sich namhafte westdeutsche Kräfte beteiligen. — Saarbrücken führt ein interessantes Stromschwimmen durch. — Internationale Veranstaltungen finden in Budapest und Beerlem-Holland statt.

Neue Rekorde: Die Amerikanerin Helen Madison ragte wieder einmal mehr bei den amerikanischen Frauenmeisterschaften hervor, die diesmal in Bronx (Staat New York) stattfanden. Da diese Meisterschaften gleichzeitig als Prüfstein für die Olympiade 1932 in Los Angeles galten, wurden die Meisterschaften bevorzugt. Helen Madison erreichte im 100-Meter-Kraul die neue Weltrekordzeit von 1:09,2 Min. Im Kampf um die Meisterschaft über eine Meile benötigte sie 24:45 Min.; auf der 1500-Meter-Strecke verbesserte sie den bisher von N. Krollius gehaltenen Rekord von 23:44,6 Min. auf 23:17,2 Min. Im 300-Meter-Rüdenschwimmen gelang es Frä. E. Holm, die neue Bestzeit von 4:47 Min. aufzustellen.

Weitere ausgezeichnete Leistungen gelangen der 4x50-Meter-Krauffstaffel von Hermes-Ropengagen, die mit 2:04,6 Min. einen neuen Landesrekord aufstellte, ferner der neuen holländischen Schwimmhoffnung Frä. M. Denjou, die für die 100-Meter-Krauffstaffel nur 1:11,8 Min. benötigte. Eine wesentliche Verstärkung für den holländischen Schwimmimport, nachdem die Weltrekordlerin Frä. M. Braun nach Meinungsverschiedenheiten mit dem holländischen Schwimmverband und wegen ihrer bevorstehenden Vermählung nicht mehr an den Start gehen wird.

Die bekannte Wasserball-Schieden von Hellas-Magdeburg schlug den Wiener Wasserballmeister WAC in einem spannenden Kampf mit 4:1 Treffern, nachdem die Österreicher in Dessau einen 7:2-Sieg davongetragen hatten. — Ein Städtekampf München — Berlin wird am 6. September durchgeführt.

Die Deutsche Strommeisterschaft am 23. August in Rüstern wurde ausgeschrieben. Sie ist offen für Herren und Damen, Angehörige der Reichswehr und Marine. Strecke 7500 Meter. — Am 9. August gelangt das Stromschwimmen „Quer durch Frankfurt“ nach Überwindung verschiedener Schwierigkeiten bestimmt zum Austrag. Sportler und Turner werden gemeinsam starten. Spannende Kämpfe versprechen namentlich die große Bruststaffel und die Krauffstaffel. Strecke 2500 Meter.

Der Vertrag zwischen DSB und D.L. wurde in einer Sitzung des Verwaltungsausschusses nach einjähriger Dauer erneut durchgearbeitet und ergänzt. Es wurde beschlossen, bei Neugründungen von Vereinen oder Abteilungen den Bestand der bereits vorhandenen anzuerkennen und zu achten. Ferner will man bei der nächsten Jynasitzung im Oktober d. J. dahin vorstellig werden, daß die Vereinsturnlehrer der D.L. im inländischen Spielbetrieb als Amateure anzusehen seien. Unter diese Kategorie sollen auch diejenigen Schwimmer fallen, die bei den D.L.-Vehrgängen als Lehrer teilnahmen und für ihre Tätigkeit finanzielle Entschädigungen erhielten. Die einjährige Sperrfrist soll auch für Doppelmittglieder gelten, wenn diese bei der Ausübung ihrer Wettkampftätigkeit den Verband wechseln. Daselbe gilt natürlich auch bei Austrittserklärungen ganzer Vereine aus einem Verband.

Schach.

Die dritte Partie in dem Zweikampf zwischen Capablanca und Dr. Euwe wurde vorgestern in Amsterdam gespielt. Diesmal wählte der holländische Vorläufer die Nimzowitsch-Verteidigung in einem Damenbauernspiel. Bei dem 30. Zug machte Dr. Euwe einen unbegreiflichen Fehler, der die Qualität kostete. Gleich darauf gab Dr. Euwe die Partie auf.

Die Ergebnisse der 7. Runde im Länderturnier des Weltbundes in Prag ergaben: Polen gegen Spanien 2:1 u. 1 S., Dänemark gegen die Schweiz 1:2 und 1 S., Lettland gegen Deutschland 1:2 u. 1 S., Ungarn gegen Holland 1½:1½ u. 1 S., Tschechoslowakei gegen Italien 1½:½ u. 2 S., Frankreich gegen England 1½:1½ u. 1 S., Österreich gegen Norwegen 2½:1½, Schweden gegen Vereinigte Staaten 1:2 u. 1 S., Südlawien gegen Litauen 1½:1½ u. 1 S.

Sport-Rundschau.

Der VfR. Wiesbaden hat am Wochenende zwei Vereine aus dem Taunus zu Gast. Am heutigen Samstagabend um 7 Uhr spielt Cronberg i. T. auf dem Platz an der Lahnstraße. Am Sonntag trägt auf demselben Spielfeld Wiesbaden im Rahmen des Reichsarbeiter-Sporttages ein Freundschaftsspiel gegen Steinbach i. T. aus. Anstoß 2.30 Uhr.

F. Wirth G. m. b. H.

Fernruf 20 054/55

Natürliche Mineralwasser
in jeder Preislage.

3045

Die heutige Ausgabe umfasst 10 Seiten
und „Das Unterhaltungsblatt“

Verantwortlich für Politik und Handel: A. Kellisch; für Unterhaltung, Stadtnachrichten und den übrigen Schriftteil: G. Kellisch; für die Anzeigen und Reklamen: G. Dornau, sämtlich in Wiesbaden.
Druck und Verlag des F. Schellensberger'schen Hofbuchdruckers in Wiesbaden.

Neu!



1 Würfel nur 10 Pfg.

MAGGI'S Rheinische Suppe (Grüne Erbsen mit Karotten)
MAGGI'S Legierte Suppe m/Gemüse

Zwei neue Sorten, die auch Ihnen gut schmecken werden

In allen hiesigen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Über das Vermögen des Kaufmanns Ferdinand Baum (Kellereibedarfsartikel) in Wiesbaden, Herrngartenstraße 17, ist am 15. Juli 1931, vormittags 11.30 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter: Kaufmann E. Rodt, Wiesbaden, Kaiser-Friedrich-Ring 56. Konkursforderungen sind in doppelter Ausfertigung unter der Aufschrift: Amtsgericht, Konkursabteilung, bis zum 24. August 1931, anzumelden. 1. Gläubigerversammlung am 18. August 1931, 10.45 Uhr, Prüfungstermin am 1. September 1931, 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Kirchstraße 15, 3. Zimmer 208. Offener Arrest mit Anweisung bis 15. August 1931.

Wiesbaden, den 15. Juli 1931. F143a

Über das Vermögen des Kaufmanns Carl Daniel, Alleinhaber der Firma Kero-Werke, Wiesbaden, Inhaber Carl Daniel (Schreibfeder-Fabrik) in Wiesbaden, Frankfurt-Straße 85 — Privatwohnung: Kriegerstraße 28 — ist am 16. Juli 1931, vormittags 9 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter: Rechtsanwalt Gutmann in Wiesbaden, Kirchstraße 7. Konkursforderungen sind in doppelter Ausfertigung unter der Aufschrift: Amtsgericht, Konkursabteilung, bis zum 31. August 1931, anzumelden. 1. Gläubigerversammlung am 18. August 1931, 11.15 Uhr, Prüfungstermin am 8. September 1931, 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Kirchstraße 15, 3. Zimmer Nr. 208. Offener Arrest mit Anweisung bis 17. August 1931.

Wiesbaden, den 16. Juli 1931. F143a

Am 23. Juli 1931, vormittags 9 Uhr, werden an der Gerichtsstelle, Kirchstraße 15, Zimmer 209, ein Wohnhaus mit Hofraum, Friedrich-Landstr. 10, und 2 Acker, 1. ober der Feldbach, 2. Niemandsbau, belegen in der Gemarkung Dohheim, zwangsweise versteigert.

Eigentümer: Heinrich Brackmann und Lina, geb. Scherber in Wiesbaden-Dohheim. F143a

Das Amtsgericht, Abteilung 6a.

Am 6. August 1931, vormittags 9½ Uhr, werden an der Gerichtsstelle, Kirchstraße 15, Zimmer 209, 2 Wege, bebauter Hofraum mit Hausgarten, Frankfurt-Straße 85, 2 Acker, jetzt Gärten belegen in der Gemarkung Wiesbaden-Auen, zwangsweise versteigert.

Eigentümer: Kaufmann Karl Daniel, Wiesbaden, Frankfurt-Straße 85. F143a

Das Amtsgericht, Abteilung 6a.

Bekanntmachung

betr. den Verkehr mit Kraftfahrzeugen in der Binger- und Liebenauerstraße.

Auf Grund des § 12 der Polizei-Verordnung über die örtliche Verkehrsregelung vom 18. April 1929 werden in Ergänzung der Anlage B II d aus Verkehrs- und Sicherheitspolizeilichen Gründen die Binger- und Liebenauerstraße in der Gemarkung Wiesbaden-Sonnenberg für die Durchfahrt von Kraftfahrzeugen vom 1. März 1931 ab bis auf weiteres gesperrt. Fahrten, die in diesen Straßen ihr Endziel haben, werden also von dem Verbot nicht betroffen. Wiesbaden, den 11. Februar 1931.

Der Polizeipräsident, gez.: Frohheim.

Bekanntmachung.

Es ist hier üblich geworden, daß die offenen Verkaufsstellen abends unpünktlich, meist erst ½ Stunde nach 7 Uhr oder später geschlossen werden. Nach § 9 der Verordnung vom 18. März 1919 (R. G. Bl. I. S. 315) müssen die offenen Verkaufsstellen — mit Ausnahme der Apotheken — um 7 Uhr abends für den geschäftlichen Verkehr geschlossen werden. Nur die um 7 Uhr abends im Laden bereits anwesenden Kunden dürfen noch bei der betreffenden Kasse darauf aufmerksam gemacht. Die Polizeibehörde ist angewiesen worden, um 7 Uhr mit der Kontrolle des Ladenschlusses zu beginnen. Zur Vermeidung von Beirufungen werden dies mitgeteilt.

Wiesbaden, den 1. Juli 1930. Der Polizeipräsident, S. A. des Senats.

Drei billige Rheinfahrten

mit dem Salon-Motorschiff „Loter Rhein“ (450 Personen), am Dienstag, den 21., Mittwoch, den 22. und Donnerstag, den 23. Juli nach Ridesheim—Bingen—Koblenz und zurück. Ab Ridesheim (eigene Brücke am Schloss) 7.10 Uhr. Näheres siehe Inserat am Montag, den 20. Juli. 3130

Binger Personenschiffahrt J. B. Schneider, Telefon 2603.

Spargel- und Obstgroßmarkt

Ingelheim am Rhein

(Obst- und Gartenbauverein Ingelheim e. V.)

Telephon 87 Gegründet 1901

Erster und einziger freier Markt Hessens

findet jeden Werktag

täglich nachmittags 2 Uhr statt.

Er bietet Groß- und Kleinhändlern beste Gelegenheit,

alle Sorten Frühobst

steht große Auswahl

in frischer Ware aus erster Hand (direkt vom Züchter) zum Tagespreis persönlich einzukaufen. Die Markthalle ist 5 Minuten vom Bahnhof, Binger Straße 9, mit Verpackungshalle und Aufbewahrungsraum für Verpackungsmittel für den Handel. Billigste Beförderungsgelegenheit zum Bahnhof. F551

Zum Besuche des Marktes ladet ergebenst ein

Die Markverwaltung.

8% Zinsen

97% Auszahlung

Versicherungs-Gesellschaft beleihet Hausgrundstücke zur ersten Stelle. Anfragen von Selbstreflektanten unter A. 7302 an Annoncenmacher, Frankfurt/Main.

Versandfiliale

für Wiesbaden u. auswärts m. nachw. ständ. gutem Einkommen ist an zuverl. u. zielbew. Damen mit eig. Wohnung u. Barkapital von RM 300.— zu vergeben. Persönl. Vorst. am Samstag im Hotel Kranz v. 9—1 u. nachm. 3—5 Uhr b. Portier. F358

Schützenfest in Wiesbaden!

Festplatz an der Fasanerie

Morgen Sonntag:

Letzter Tag!

Großes Konzert u. Volksfest

17 Uhr: Preisverteilung im Festsaal des Schützenheims

Abends Festbeleuchtung • Tanz

Dr. med. Fritz Stern

Facharzt für Nervenleiden

Wiesbaden, Große Burgstraße 13, Tel. 28375

Sprechstunden

jetzt vormittags: 10.30 — 1 Uhr
nachmittags: 2.30 — 4.30 Uhr

Apothelendienst in Wiesbaden

vom 18. bis 24. Juli.

Sonn- und Feiertagsdienst und gleichseitig Nachtdienst von abends 7 Uhr bis morgens 8 Uhr, sowie Mittagsdienst von 1½—2½ Uhr. Der Nachtdienst beginnt Samstag oder am Vortage des gesetzlichen Feiertags. In der Zeit von 8 Uhr abends bis 8 Uhr morgens wird ein geheimer Zulassung von 1 Mark für jede Transaktion erhoben. Blücher-Apothek, Dohheimer Str. 83, Fernspr. 28204. Löwen-Apothek, Vangasse 31, Fernspr. 27682. Theresien-Apothek, Wellstr. 11, Fernspr. 26325. Viktoria-Apothek, Rheinstr. 45, Fernspr. 27156.

Apothelendienst in W. Viebrich

Sonntag, den 19. Juli.

Wagner-Apothek, Rainer Str. 30, Fernspr. 61420.

Dreifach überlegen

heißt es heute in der schweren wirtschaftl. Notzeit für jedermann h. Einkauf von Schuhwaren aller Art. In unserer Etage verschleudern wir

mehrere 1000 Einzel- u. Restpaare

für Damen, Herren und Kinder zu

jedem nur annehmbaren Preise!

Schuhhaus Drachmann

Pt. u. l. Stock 22 Neugasse 22 Pt. u. l. Stock

Bekannt für Qualitätsware. 3065

Straußwirtschaft.

1929 Natur-Riesling

zapft

Heinrich Jos. Walter

Oestrich l. Rheingau

Marktplatz 1.

bindet die

L. Schellenberg'sche

Hofbuchdruckerei

Wiesbadener Tagblatt

Ausgabestellen des Wiesbadener Tagblatts.

Albrechtstraße:

Krause, Albrechtstraße 34.

Richter, Ede Moritzstraße.

Vertramstraße:

Brinz, Ede Cleonorenstraße.

Bismarckring:

Leumig, Ede Vorfrische.

Blücherstraße:

Schott, Ede Hellmundstraße.

Blücherstraße:

Preis, Blücherstraße 4.

Dambachstraße:

Fuchs, Ede Kapellenstraße.

Dohheimer Straße:

Schumann, Kaiser-Friedrich-Ring 2.

Fassbrunnstraße:

Fuchs, Fassbrunnstraße 3.

Feldstraße:

Schwenk, Feldstraße 24.

Steinstraße:

Stein, Feldstraße 10.

Goethestraße:

Crak, Moritzstraße 56.

Goebenstraße:

Enders, Goebenstraße 7.

Preis, Blücherstraße 4.

Helenenstraße:

Dorn, Helenenstraße 22.

Edhardt, Wellstr. 11.

Herderstraße:

Gerhard, Herderstraße 28.

Sermannstraße:

Fuchs, Walramstraße 12.

Reich, Hermannstraße 2.

Hellmundstraße:

Reich, Hermannstraße 2.

Schott, Ede Blücherstraße.

Hirschgraben:

Seilberger, Steingasse 6.

Altmann, Webergasse 51.

Jahnstraße:

Maus, Jahnstr. 2. Ede Karlstr.

Frühstr. Jahnstraße 40.

Kaiser-Friedrich-Ring:

Schumann, Kaiser-Friedr. Ring 2.

Frühstr. Jahnstraße 40.

Kapellenstraße:

Fuchs, Dambachstr.

Karlstraße:

Gerhard, Herderstraße 28.

Maus, Jahnstr. 2. Ede Karlstr.

Moritzstraße:

Crak, Moritzstraße 56.

Richter, Ede Albrechtstraße.

Drachenstraße:

Krause, Albrechtstraße 34.

Kauenthaler Straße:

Diehl, Ede Wallstr. und Erbstr.

Str. 1.

Niehlstraße:

Gerhard, Herderstraße 28.

Nöckerstraße:

Mörkel, Nöckerstraße 29.

Römerberg:

Krug, Römerberg 7.

Reuter, Römerberg 29.

Schulstraße:

Altmann, Schulgasse 2.

Schwalbacher Straße:

Maus, Ede Adlerstraße.

Minor, Ede Mauriliusstraße.

Sedanzstraße:

Kuiat, Wellendstraße 4.

Steingasse:

Seilberger, Steingasse 6.

Stelzer & Ludeke, Steingasse 17.

Walramstraße:

Fuchs, Walramstraße 12.

Webergasse:

Altmann, Webergasse 51.

Weißstraße:

Mörkel, Nöckerstraße 29.

Wellstr.:

Edhardt, Wellstr. 11.

Wellendstraße:

Kuiat, Wellendstraße 4.

Wilhelm, Wellendstraße 24.

Vorfrische:

Leumig, Ede Bismarckring.

Zietenring:

Boths, Waterloostraße 1. Ede

Zietenring.

Kapellenstr. 7, Part. links

Gebets- und Andachtsstunden

Sonntag 9.30 Uhr vormittags — 8 Uhr abends

Donnerstag 8 Uhr abends.

Kirchliche Anzeigen

Evangelische Kirche.

Samstag, den 18. Juli 1931.

Veragische. Abends 8.30 Uhr Vfr. Fries.
Ringische. Abends 8.30 Uhr Landeskirchenrat
Deton Hilpp.

Sonntag, den 19. Juli 1931.

Martkirche. Vormittags 10 Uhr Vfr. Dr. Bömel.
Nachmittags 5 Uhr Vfr. Rumpf.

Veragische. Vormittags 10 Uhr Vfr. Dr. Adam.

Kinische. Vormittags 10 Uhr Vfr. Dahn.

Nachmittags 5 Uhr Vfr. Hilpprediger Wilhelm.

Lutherische. Vormittags 10 Uhr Vfr. Lang.

Abendmahl.

Paulinische. Vormittags 10 Uhr Direktor

Vfr. Eichhoff.

Landeskirchliche Gemeinschaftsstunden.

Bibelbesprechungen finden statt: Sonntag, 19. Juli,

abends 8.30 Uhr im Vereinshaus, Blatter Str. 2.

Dienstag, 21. Juli, abends 8.30 Uhr im Gemeinde-

haus, Steingasse 9.

Mittwoch, 22. Juli, abends 8.30 Uhr im Blauen

Kreuz, Sedanplatz 5.

Donnerstag, 23. Juli, abends 8.30 Uhr im Kleinen

Gemeindeaal der Lutherische.

Wiesbaden-Biebrich.

Sonntagskirche. Vormittags 7 Uhr Frühgottesdienst.

Vfr. Kähler. Vormittags 10 Uhr Vfr. Kähler.

Druckkirche. Vormittags 9.30 Uhr Vfr. Hilpprediger

Wilhelm.

Baldstraße. Vormittags 10 Uhr Vfr. Peterlen

von Wiesbaden.

Dietrichshausen. Abends 8.15 Uhr Bibelstunde.

Hilpprediger Wilhelm.

Montag, 20. Juli, abends 8 Uhr Frauenmissions-

stunde im Katharinenstift.

Dienstag, 21. Juli, nachmittags 4 Uhr Frauenbibel-

stunde im Katharinenstift.

Wiesbaden-Dohheim.

Vormittags 8.30 Uhr Kinderheim Taunushöhe.

Vormittags 10 Uhr Hauptgottesdienst. Vormittags

11 Uhr Kindergottesdienst.

Wiesbaden-Sonnenberg.

Vormittags 10 Uhr Predigtgottesdienst (unter

Mitwirkung des Angerkreuz-Vollanchores aus

Kahle). Vfr. Bender. Vormittags 11.15 Uhr Kinder-

gottesdienst Vfr. Bender.

Wiesbaden-Kambach.

Vormittags 10 Uhr Predigtgottesdienst Vfr.

Binder. Vormittags 11 Uhr Kindergottesdienst

Vfr. Binder.

Katholische Kirche.

Starkkirche zu Sonnenberg. 7 Uhr Beichte,

1/8 Uhr Frühmesse. 10 Uhr Amt. 14 Uhr Andacht.

Alt-Isid. Gemeinde. Friedenskirche. Schwal-

bacher Straße 10 Uhr Amt mit Predigt. Vfr. Eder.

Baptisten-Gemeinde, Sionskapelle, Adlerstr. 19.

Vorm. 9.30 Uhr Gebetsstunde. Vorm. 10.45 Uhr

Sonntagschule. Nachm. 4 Uhr Predigt und Jugend-

verein. Mittwoch abends 8.30 Uhr Bibelstunde.

Bred. J. C. Winkler.

Evangelisch. Dreieinigkeits-Gemeinde, Kiedricher

Straße 8 10 Uhr Belegottesdienst.

Evangelisch. Gemeinde (der selbst evang.-luth.

Kirche in Preußen angehört), Dohheimer Str. 4. 1.

Vormittags 10 Uhr Belegottesdienst. Nachmittags

4 Uhr Predigtgottesdienst. Vfr. Jungmann.

Tausend Kleinigkeiten erleichtern die Arbeit der Hausfrau

Es kann gar nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß der Haushalt zwar der kleinste, „Betrieb“ im Wirtschaftsleben ist, aber zahlenmäßig der bedeutendste und wertmäßig der wichtigste auch; denn in keinem Wirtschaftszweig erreichen die durchfließenden Geldmittel eine Milliardenhöhe in der Höhe der Summe, die alljährlich von den Hausfrauen umgekehrt wird. Die Hausfrau ist also im heutigen Wirtschaftsleben der wichtigste Betriebsleiter, der bedeutendste Abnehmer. Ein Dauerzustand, dessen Änderung eigentlich nur innerhalb einer sehr reichen Volkswirtschaft denkbar ist, in der das Einkommen des Einzelnen weit über dem Existenzminimum liegt, — ein goldenes Zeitalter, das weit hinter und sicher auch weit vor uns liegt! Wird nun die Hausfrau auch als wichtiges Glied der Wirtschaft angesehen und behandelt? Erkennt man überall an, daß ihre Arbeit wertvoll ist, ihre Arbeitszeit Geld wert darstellt und weitgehend vereinfacht und verfrachtet werden muß, im Interesse der Volkswirtschaft und im Hinblick auf Gesundheit und Familie? So wie in jedem Betrieb zuerst die Arbeit des Betriebsleiters erleichtert werden muß, weil seine Arbeitskraft die teuerste ist? Leider, wie man sagt, der Knüttel beim Hund; denn Arbeitserleichterung erfordert zuerst einmal hineinzuführen des Geld für arbeitssparende Geräte, Geld, das sich erst allmählich rentiert, Geld, das augenblicklich so knapp ist. Trotzdem oder vielmehr gerade deswegen darf diese wichtige Aufgabe nicht aus dem Auge verloren werden, auch sie wirkt „an der Wurzel“ auf die Wirtschaft, und in vielen Fällen handelt es sich doch um Kleinigkeiten, deren Bedeutung innerhalb des Haushalts, der wichtigsten Zelle des Wirtschaftslebens, größer ist als ihr Geldwert!

Eine Zusammenstellung gerade dieser vielen Kleinigkeiten ist immer anregend und durchaus nicht alltäglich. Sie ist für die diesjährige Leipziger Herbstmesse geplant, und zwar im Rahmen der Messe für Bau-, Haus- und Betriebsbedarf, an der sich über 1000 Aussteller beteiligen, und deren interessanter Kern eine besondere Wanderausstellung „Arbeits- und Arbeitsstil“ bilden wird. Denn die der jeweiligen Arbeit angepaßte Sitzgelegenheit ist die erste Vorbedingung für schnelle und höchste Leistung, — das gilt selbstverständlich nicht nur für die Hausarbeit, sondern für jede Tätigkeit. Die Hausfrau und Hausangehörige sollte möglichst viele Arbeit im Sitzen erledigen; denn das Stehen ist eine der Hauptursachen der Ermüdung. Wieviele Arbeiten gibt es, bei denen breite, federnde Rückenlehnen, der Körperform angepaßte Sitz zweckmäßig sind oder Kollische oder zumindest Drehstühle, wie bei der

Haushaltsarbeit! Tisch- und Stuhlfläche sollen so weit von einander entfernt sein, daß die Zahl der notwendigen Armbewegungen möglichst klein wird. Die über all diese Dinge in den letzten Jahren angestellten Untersuchungen sind vom Deutschen Arbeitsmuseum in einer Sonderausstellung zusammengestellt und werden im Rahmen dieser Ausstellung zum erstenmal gezeigt, zahlreiche Zeichnungen, Pläne und Modelle zusammen mit den Erzeugnissen der Industrie, die sich diese Erkenntnisse der modernen Arbeitswissenschaft immer mehr zu eigen macht. Man muß sich eben daran gewöhnen, den Haushalt als Betrieb anzusehen, für den nicht das älteste und ungewöhnliche Gerümpel gerät, eben gut genug ist! Zum gut arbeitenden Betrieb gehört aber auch eine gute Beleuchtung, auch zum gut geführten Haushalt. Das fängt schon beim Hausbau an, bei der Wahl der Fensterrahmen, die bei Stahlfenstern viel schmäler sind und einen bis zu 40 Prozent größeren Lichteinfall schaffen. Vorzuziehen werden auf dieser Ausstellung auch eine Reihe von Einzelheiten an Fenstern gezeigt werden, die deren Dichthaltung und Wärmehaltung verbessern, wie besondere Falze für isolierende Luftpolster oder Fensterführungen aus nicht oxydierendem Edelmetall. Entsprechende Neuerungen gibt es auch für Türen; erwähnt sei nur eine Vorrichtung zum „elektrischen Öffnen“.

Sehr im Argen liegt vielfach noch die Heizerei in Klein- und Kleinstwohnungen, die erst jetzt allmählich nach dem neuesten Stand der Technik durchgebildet wird, um an Heizkosten zu sparen und die Heizarbeit zu erleichtern. Auf dieser Schau werden Kachelöfen mit Tages- und Dauerbrand gezeigt werden, Mehrzylinder-Kachelöfen, Heizungen mit Durchströmungen, Wärmeluft- und Warmwasserzufuhr, Kachelherde, Zimmeröfen mit Warmwasserbereitung, Eintrichtung. Die Bedienung der Heizung kann vereinfacht werden durch Zusammenlegung von Kachelherd, Feuerung und Heizkessel, wobei die Feuerung durch verteilbare Roste auf Winter-, Übergangszeit- und Sommerbedarf eingestellt wird. Wo der Stromtarif es erlaubt, wird sich allmählich der elektrische Herd wegen seiner Sauberkeit und Einfachheit durchsetzen; neuerdings verwendet man bei den Kochplatten dieser Herde feuerfestes Porzellan, das auch beim plötzlichen Abschrecken durch kaltes Wasser nicht springt, auch hat man, um das Gewicht der Herde zu verringern, Abstellplatten aus Leichtmetallblech, die von Zeitstücken nicht angegriffen werden. Neben dem Antrieb für kleinen Küchenmaschinen wird der elektrische Strom neuerdings auch zum Anzünden von Gasflammen auf dem Gasherd verwendet. Neu sind Gasglühbirnen aus Metall für den Gasherd,

die gegenüber den Einflüssen von Luft, Dämpfen und Flüssigkeiten vollkommen unempfindlich sind.

Daß es trag- und fahrbare und sogar geräuschlose Staubsauger von hoher Leistungsfähigkeit gibt, ist bekannt; man wird aber auch einen elektrischen Handstaubsauger mit nur 60 Watt Stromverbrauch sehen, der nur etwas mehr als ein Kilogramm wiegt. Auch gibt es einen neuen Hobel zum Abziehen von Parfett- und Holzfußböden, dessen Messerscheiben und Bodenplatte auswechselbar sind. Die vor ein paar Jahren austauschenden elektrischen Handtrockner, die den Gebrauch des Handtuchs überflüssig machen, aber wegen ihrer Größe ursprünglich nur für Massenbetrieb brauchbar waren, sind inzwischen im Hinblick auf Wirtschaftlichkeit und geringes Gewicht neu durchgebildet worden. Elektrische Heizdecken hat man heute durchweg mit selbsttätiger Temperaturregel, eine Einrichtung, die sich bei den elektrischen Bügeleisen längst eingebürgert hat, deren Temperatur, während das Eisen eingeschaltet ist, sich stets zwischen 180 und 280 Grad hält, jedoch jede Feuergefahr, auch durch Unachtsamkeit der Hausfrau, ausgeschlossen ist. Überhaupt soll ja bei jedem Haushaltsgerät möglichst alle Wartung ausgeschlossen werden, die die Hausfrau von anderen Arbeiten abhält; bei einer modernen elektrischen Kaffeemühle mit einem ganz einfachen Magnetmotor ist diese Aufgabe gut erfüllt. — Kein anderes Gerät erspart vielleicht der Hausfrau soviel Arbeit wie die Waschmaschine; Klein- und Sprudelwascher erleichtern die ganze Wascharbeit in zwei Stunden; bei einem neuen Waschapparat wird die Waschwirkung durch Saug- oder Druckluft erreicht, die das Waschwasser in starke Wallung bringt. Aus der Waschmaschine gelangt die feuchte Wäsche zum Vortrocknen in Wäscheleubern, die 45 Kilogramm Wäsche in noch nicht 2 Minuten trocken schleudern, so daß das Auswringen fortfällt.

Schließlich seien noch die Hausgeräte Teller, Tassen, Kannen, Töpfe, Tablett usw., aus den neuen leichten und unzerbrechlichen Kunstharzen erwähnt, die, wie sie für die Hausfrau und ihre Arbeit sehr wertvoll sind, auch gegen Säuren und heißes Wasser vollkommen unempfindlich sind. Diese Werkstoffe entsprechen also in mancher Beziehung den nicht zerbrechlichen Stählen für Tisch- und Küchengeräte, die der Hausfrau viel mühselige Reparatur ersparen und heute sogar scharf zu halten sind, was früher, als dieses Material noch weniger erprobt war, bekanntlich nicht immer gelang.

Dipl.-Ing. A. Lion, Berlin.

Sensation von gestern — Filmsensation von heute

Der Tonfilm aktualisiert die Historie.
Von Hans Tausig.

Der Brauch, vergangene Sensationen aufzurufen, von Zeit zu Zeit zu erneuern und immer wieder dem erlebnisbunigen Publikum vorzuführen, ist keine Erfindung der Neuzeit. Schon vor Jahrhunderten liebte man es, die großen Ereignisse der weiteren Vergangenheit heranzuholen, und sie in immer neuer Form zu servieren — vorausgesetzt natürlich, daß es sich stets um wirkliche Sensationen, um einmalige Fälle, handelte.

Daß sich der Tonfilm in noch immer steigendem Maße dieser Praxis bedient, darf angesichts des enormen Stoffmangels, unter dem die immer nach dem Neuen, dem Wirklichen suchenden Produktionsleiter zu leiden haben, kaum Wunder nehmen. Natürlich lassen sich auch Wiederholungen, die zur Interessiertheit eines großen Teils des Publikums führen müssen, kaum vermeiden: ist aber das Interesse des Publikums an irgend einer großen Affäre, an einer bedeutenden Sensation der letzten Vergangenheit noch wach, dann sehen selbstverständlich sofort die Filmproduzenten alle Möglichkeiten daran, den Stoff, das Ereignis oder die Sensation von damals — und wenn sie auch nur einen geringen Erfolg verspricht — für ihre Firma zu bekommen. Natürlich ist Hauptbedingung, daß die Sache irgend einen Aktualitätswert hat.

So kann man in den Ankündigungen der nächsten Tonfilmjensation neben verschiedenen Romanen, Operetten- und Novellenverfilmungen auch einige große Sensationen der Vergangenheit entdecken, die demnachst im Tonfilm fröhliche Aufstände feiern werden: die Affäre des „Hauptmanns von Köpenick“ beispielsweise, die der Dichter Carl Zuckmayer in so packender, unwiderstehlicher Weise dramatisierte, die Bekretungskriege 1812—1813, viele andere, mehr durch die damit zusammenhängenden Prozesse bekannt gewordene ehemalige Standalaffäre — darunter auch die bekannte Tragödie von Maffei — und, als neuzeitlich, wirklich noch nicht entdeckte Sensation von vor zwanzig Jahren, der „Raub der Mona Lisa“.

Damit hat es nun wirklich eine ganz eigene Bewandnis. Wer erinnert sich noch? Im Jahre 1911 gab es eine große Sensation im Kunstleben: Leonardo da Vincis „Mona Lisa“, eines der bedeutendsten Werke altitalienischer Bildhauerei, war aus dem Pariser „Louvre“, dem repräsentativen Nationalmuseum, gestohlen worden. Und: obwohl der Dieb — man kannte ihn noch nicht, und hatte ihn noch nicht — wissen mußte, daß dieses weltbekannte Gemälde zu nichte seiner allgemeinen Bekanntheit wegen ganz unersetzlich war, hörte und sah man zwei volle Jahre nichts von dem Bild. Bis eines Tages zu einem Kunsthändler in Florenz ein Mann, ein Vagant namens Vincenzo Peruggia, kam, und ihm das Bild, die „Mona Lisa“, zum Kauf anbot. Selbstverständlich ließ der verblüffte Händler, der das Kunstwerk wohl kannte, den Mann sofort verhaften, aber: nun hatte man den Dieb, kannte aber die Ursachen seines Diebstahls nicht. Was hatte er mit dem praktisch wertlosen Bild erreichen wollen? Royn schleuderte er es genau 2 Jahre lang mit sich herum? Wie hatte er es über die Grenze zu schaffen verstanden?

Tatsächlich gab der in einem Konfessionsprozess vernommene Peruggia an, er habe sich an dem französischen Staat und speziell an Napoleon, der ja bekanntlich einige Jahre vor der die bedeutendsten Kunstwerke aus Italien nach Paris entführt hatte, rächen wollen. Seine Strafe war auch dementsprechend gering und hatte zur Folge, daß man den patriotischen Dieb in Italien zum Nationalhelden erhob.

War aber das übertriebene Nationalgefühl, der heroische Patriotismus tatsächlich die treibende Kraft seines Vandalismus? Er sagte „ja“, die Bernunft sagt „nein“.

Die Lösung scheint der Filmproduzent Deomann gefunden zu haben, der mit der ihm eigenen Genauigkeit der Sache auf den Grund ging und tatsächlich die Ursache des sensationellen Bilderdiebstahls gefunden zu haben scheint. Es war natürlich — eine Frau, der ein Mann nur imponieren konnte, wenn er wirklich etwas Bedeutendes geleistet habe. Und der arme Schluder Vincenzo Peruggia fand keine größere Tat, als die, die „Mona Lisa“, das schwer bewachte Kunstwerk, mitten aus dem „Louvre“ zu stehlen.

Und so gibt es dieser Tage in den Räumen des Pariser „Louvre“ ein eigenartiges Bild zu sehen: statt der Scharen von Globetrottern und Kunstexperten, die sonst die weiten Räume des Museums bevölkern, stehen strenge, uniformierte Polizisten herum, mit ernsten Gesichtern und weitestgehend lauten Mienen — halb wachstümmig, bestrafte Direktoren lauten herum und taufen sich die spärlichen Haare, Gebirgsbühnen durchsuchen mit Spürnasen und -augen familiäre möglichen und unmöglichen Räume des weitläufigen Gebäudes; und den Mittelpunkt der Geschehnisse bildet ein leerer, goldener Rahmen, aus dessen verschmelter Glascheibe dem Betrachter die Leere entgegenstrahlt. Und über dem Ganzen schweben an langen galgenähnlichen Stangen weiße Mikrophone, mit feinen Drähten vorsichtig aufgehängt, und in der Nähe stehen irgendwo geheimnisvolle Apparate,

die fast lautlos die ganze Unheimlichkeit der Situation auf das Bildband, auf den Film, zu bringen bestimmt sind.

Und während all diesen schiebt ein Mann, ein einfacher, unscheinbarer Bazarant, über den fast niemand achtet, doch der Hitze ausgedröhren „Piazza della Madonna“ in Florenz einen Vortragsständer, an dessen Seite — zum Schluß — die geheimnisvolle, unheimliche „Mona Lisa“ vielsagend in den heißen Tag lächelt.

Auch dieser merkwürdigen Erscheinung, die aber von den wenigen Passanten der Stadt fast gar nicht beachtet wird, — auch diesem Vortragsständer folgt das Auge und das Ohr des tönenden Bildbandes, um ihn und seinen seltsamen Begleiter für den Tonfilm „Der Raub der Mona Lisa“ (Super-Film), festzuhalten.

Wer sich unter den Prominenten der Filmwelt auskennt, wird in dem geheimnisvollen Vortragsständer unschwer den Schauspielers Billy Forst erkennen, und in einem anderen merkwürdigen Mann, der ihm folgt, den Schauspieler Gustav Gründgens.

Noch andere Größen des deutschen Tonfilms werden in diesem Film, der eine künstlerische Sensation allerersten Ranges zu werden verspricht, zu sehen sein, vor allem aber die Tochter des ehemaligen Dichterspräsidenten Walter von Moles, Trude von Moles.

Der Film, der unter der Regie Geza von Bolvaros entsteht, wird zu Beginn der neuen Saison, überall erschein. Und die Frage entsteht, ob es nun wirklich möglich ist, die sensationelle Historie im neuen Tonfilm zu aktualisieren.

Öffentliche Fürsorge im Deutschen Reich.

Jahresbelastung 1578 Millionen Mark.

Von amtlicher Seite werden nunmehr die vorliegenden Ergebnisse der Reichsfürsorgeerhebungen für das Rechnungsjahr 1929/30 veröffentlicht. Die Zahl der laufend in offener Fürsorge von den Bezirksfürsorgeverbänden im Rechnungsjahr 1929/30 unterstützten Parteien betrug 2,76 Millionen. Darunter waren 78 074 (2,83 v. H.) Kriegsbeschädigte, 725 581 (26,31 v. H.) Sozialrentner, 375 007 (13,64 v. H.) Kleinrentner und Gleichgestellte und 1 577 953 (57,22 v. H.) sonstige Hilfsbedürftige. Im Vergleich zum Vorjahr (2,49 Mill. Parteien) ist die Zahl der im Rechnungsjahr laufend unterstützten Parteien um rund 272 000 oder um 10,95 v. H. gestiegen, gegenüber dem Rechnungsjahr 1927/28 liegt die Zahl um 334 000 höher.

Die Entwicklung zeigt also im allgemeinen eine ständig ansteigende Kurve. Die bedeutendste Zunahme brachte der 31. März 1930. Hier beginnt sich schon die trübsame Gestaltung der Wirtschaftslage in ihrer Auswirkung auf die öffentliche Fürsorge deutlich abzuzeichnen. Es sind vor allem die sonstigen Hilfsbedürftigen, darunter in erster Linie die Wohlfahrtsverbände, die in diesem Zeitraum verstärkt der öffentlichen Fürsorge anheimfielen.

Der Anteil der Kriegsbeschädigten an der Gesamtzahl der laufend in offener Fürsorge unterstützten Parteien hat sich wiederum verringert; er betrug am 31. März 1930 27 912 oder 2,92 v. H. aller Unterstützten. Die Zahl der laufend unterstützten Sozialrentnerparteien hat sich in der gleichen Zeit nur unerheblich von 627 338 auf 629 444 erhöht. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der laufend unterstützten Parteien ist aber von 35,12 auf 31,70 v. H. gesunken. Bei den Kleinrentnern ist in der Zahl der Parteien ein Rückgang von 339 238 auf 330 250, also um rund 9000 oder von 10,05 auf 16,63 v. H. festzustellen.

Während sich bei den vorgenannten drei Gruppen keine besonders bemerkenswerten Veränderungen zeigen, hat sich bei der Gruppe der sonstigen Hilfsbedürftigen die Zahl der unterstützten Parteien unter der Woche der Wirtschaftskrise

und der sich verschärfenden Not der deutschen Bevölkerung von Jahr zu Jahr stark erhöht. Die Zahl der laufend unterstützten Wohlfahrtsverbände ist bis Ende März 1931 auf 1 030 186 und bis Ende Mai 1931 auf 1 074 463 gestiegen. Ferner waren am 1. Juli 1929 33 302 und am 31. März 1930 39 719 Fürsorgearbeiter vorhanden, d. h. Personen, die von den Gemeinden in Fürsorgearbeit untergebracht worden sind.

Die Zahl der laufend unterstützten Parteien, auf 1000 Einwohner berechnet, betrug im ganzen Reich am 31. März 1930 31,82, am 31. März 1929 28,54. Bei den städtischen Bezirksfürsorgeverbänden erhöhte sich diese Zahl auf 44,17, bei der Stadt Berlin sogar auf 58,12, bei den ländlichen Bezirksfürsorgeverbänden erniedrigte sie sich auf 23,10. Für die deutschen Länder liegen bedeutend unter dem Reichsdurchschnitt die Zahlen von Lippe (16,08), von Württemberg (18,49) und in Preußen von Hohenzollern (14,99).

Die unmittelbaren Fürsorgeauswendungen der Bezirksfürsorgeverbände für die Hilfsbedürftigen, über die im Einzelnen abgerechnet wird (laufende Barleistungen, Sachleistungen, einmalige Beihilfen, Kosten für Berufsausbildung und Erziehung, offene Wochenfürsorge, Unterbringung in geschlossener Fürsorge und in Familien), erreichten im Rechnungsjahr 1929/30 den Betrag von 1164 Millionen M. gegenüber 1053 Millionen M. im Rechnungsjahr 1928/29.

Unter dem Fürsorgeaufwand von 1164 Millionen Mark waren 640 Millionen M. laufende Barunterstützungen (54,96 v. H.), 318 Millionen M. (27,34 v. H.) Kosten für Unterbringung in geschlossener Fürsorge und in Familien, 5,5 Millionen M. (0,47 v. H.) Ausgaben für offene Wochenfürsorge. Der Rest entfällt mit 200,5 Millionen M. auf Sachleistungen und Fälle einmaliger Barunterstützungen.

Die gesamte Nettofürsorge im Deutschen Reich betrug also im Rechnungsjahr 1929/30 rund 1578 Millionen M. Im Rechnungsjahr 1928/29 1461 Millionen M. Aus dem Kopf der Bevölkerung waren hierfür 25,29 M. aus öffentlichen Mitteln (Steuern usw.) aufzubringen (23,41 M.).

Industrie und Handel.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Die deutschen Börsen geschlossen. — Reglementierung der Devisen. — Erhöhung des Reichsbankdiskontsatzes. Das Gold als Kampfmittel. — Nieder mit dem Kapitalismus?

Die deutschen Börsen blieben in der Berichtswochen geschlossen. Veranlassung hierzu gab zunächst die Schalter-schließung bei der Darmstädter- und Nationalbank. Die von dem Reich übernommene Garantie bezieht sich nur auf die Guthaben in laufender Rechnung und auf die Sparkonten. Während also die Einleger (Gläubiger) keine Verluste zu befürchten haben, fehlt zurzeit noch der Überblick, ob und mit welchen Verlusten die Aktionäre rechnen müssen. Erst wenn der Status, der von dem Treuhänder Dr. Bergmann aufgestellt wird, vorliegt, läßt sich der Wert der Aktien errechnen. Eine Notiz der Danatbankaktien hätte angesichts der fehlenden Bewertungsunterlagen aller Voraus-sicht nach zu scharfen Kursabschlägen geführt, die die ganze Börse in Unsicherheit und Unordnung gebracht hätten. Wenn auch in normalen Zeiten vielleicht die Einstellung der Notiz des einen Papiers genügt hätte, so kam jetzt hinzu, daß die Entwicklung auf dem Devisen- und Geldmarkt und die dadurch auf das äußerste gestiegene Nervosität eine schwere Erschütterung der Börse befürchten ließ.

Die Schließung der deutschen Börsen geschah also letzten Endes im Interesse der Besitzer von Aktien und Renten, um ihnen Verluste zu verluftbringenden Kursen unmöglich zu machen.

Wenn die kritischen Tage vorbei sind, eine Beruhigung Platz gegriffen hat, dann wird auch wieder eine Bewertung der Börsenpapiere möglich sein, die an die Kurse der letzten Börsen vor der Schließung anknüpft.

Seit der Stabilisierung der Mark und der Schaffung der Reichsmark mußten die von der Reichsbank ausgegebenen Reichsmarknoten mit mindestens 40 Prozent in Gold oder Devisen gedeckt sein. In den letzten Jahren war die Deckung sogar meist weit höher und belief sich noch in letzter Zeit auf ungefähr 60 Prozent. Eine Änderung trat erst ein, als die umfangreichen Kreditzurückziehungen des Auslandes einsetzten, für die natürlich Devisen benötigt wurden, die damit der Reichsbank verloren gingen. Die Deckung der Reichsmark sank daher schnell auf die geleglich vorgeschriebenen 40 Prozent. Als die Devisenentziehungen aber weiter anhielten, mußte, um das Deckungsverhältnis aufrecht zu erhalten, der Umlauf an Reichsmarknoten verringert werden.

Es trat damit die Notensknappheit ein, die zuerst zu der Diskonterhöhung und Krediteinschränkung der Reichsbank führte, dann zur vorübergehenden Schließung der Banken, zur Rationalisierung der Auszahlungen und schließlich zum Erlaß der Devisenverordnung.

Während der Devisenabfluß in das Ausland durch die Kreditkündigungen des Auslandes im großen und ganzen abgeschlossen ist, wirkt die inländische Devisenhamsterei weiter, die die Devisen ihrem eigentlichen Zweck entzog und sie zu einem Geldanlagemittel machen wollte. Die Devisenverordnung verbietet den freien Handel in Devisen und die Veröffentlichung von Kursen — außer den in Berlin festgelegten amtlichen Devisenkursen — und schränkt damit die Möglichkeit der Devisenhamsterei sehr stark ein.

Die Erhöhung des Reichsbankdiskontsatzes auf 10 Prozent — statt 7 Prozent bzw. vorher 5 Prozent — und des Reichsbanklombardsatzes auf 15 Prozent bewirkt zunächst, daß die Kreditanforderungen an die Reichsbank auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Dieses Mittel ist dabei wirksamer und vor allem einfacher als die bisher geübte Kreditrestriktion. Vor allem ist die scharfe Heraushebung des Reichsbanklombardsatzes bemerkenswert, die eine Kreditaufnahme durch Lombardierung von Effekten fast wirtschaftlich unmöglich macht. Die hohen Zinssätze, zu denen bei den Banken gegenüber ihren Schuldnern noch Zinszuschläge und Provisionen kommen, werden die Folge haben, daß die Wirtschaft sich benötigtes Geld auf andere Weise als durch Kredit zu beschaffen sucht.

Es wird also wahrscheinlich damit erreicht werden, daß einmal gehamsterte Devisen zum Vorschein kommen und dann, daß Verkäufe von Warenbeständen erfolgen.

Die freiverwendenden Devisen können wieder als Notendeckung Verwendung finden und mildern so die Zahlungsmittelknappheit. Die forcierten Verkäufe von Waren werden jedenfalls preisdrückend wirken, so daß damit in der Praxis eine neue Belastung der Wirtschaft eintritt. Während bisher Angestellte und Arbeiter durch Lohnsteuerverhöhungen, Kräftesteuer, Arbeitslosenversicherung (die in Wirklichkeit, wie aus ihrer Erhebung hervorgeht, eine zusätzliche Steuer darstellt) usw. eine starke direkte und durch die beträchtlichen Erhöhungen der Steuern auf Konsumgüter eine weitere ganz erhebliche indirekte Steuerbelastung auf sich nehmen mußten, erfolgt jetzt durch die radikale Kreditverknappung und dadurch veranlaßte Warenverkäufe zu sinkenden Preisen, d. h. mit Verlusten, auch eine zu den bisherigen hohen Steuern (Gewerbesteuern usw.) hinzutretende Heranziehung der Wirtschaft zu den allgemeinen Opfer erheischenden Bemühungen um eine finanzielle Neuordnung aus eigener Kraft.

Frankreich hat nicht nur die stärkste Armee der Welt, es hat auch eine finanzielle Machtstellung erreicht, die der englischen überlegen und der amerikanischen gefährlich gleich kommt. Frankreich verdankt die beherrschende finanzielle Position zu einem großen Teile den deutschen Reparationszahlungen, wenn auch nicht abgegriffen werden darf, daß die Energie der französischen Regierung aus dem Inflationsbedrohten Franken in kurzem eine feste Währung geschaffen und die sprichwörtliche französische Sparlichkeit in dem öffentlichen wie in dem privaten Haushalt das Werk der finanziellen Kräftigung gekrönt hat. Aber die erreichte Macht des Geldes und Goldes wird von Frankreich auch konsequent und mitteillos zu politischen Zwecken ausgenutzt.

Die Kreditabziehungen aus Deutschland, die zum allergrößten Teil auf Maßnahmen Frankreichs zurückzuführen sind, und die Widerstände gegen den Hoover-Plan, sollten einen Druck auf Deutschland ausüben, politische Wünsche Frankreichs (Panzerkreuzerbau und deutsch-österreichische Zollunion!) zu erfüllen.

Als sich England in den letzten Tagen allzu bereitwillig zu zeigen schien, Deutschland in seiner wirtschaftlichen und finanziellen Not beizustehen, da mußte es, wie schon früher, die Macht Frankreichs fühlen, die sich sofort in Goldabzügen in London äußerte und ein Fallen des englischen Pfundes gegenüber dem französischen Franken zur Folge hatte. In den letzten Tagen konnte sogar ein Sinken des amerikanischen Dollar-Kurses gegenüber dem französischen Franken festgestellt werden, woraus auf die Möglichkeit geschlossen werden mußte, daß auch New York Goldabzüge seitens Frankreichs erleiden könnte.

Bald nach Bekanntwerden der Zahlungsunfähigkeit der Danatbank erschien ein Aufruf der Sozialdemokratischen

Partei Deutschlands, in dem der Kapitalismus als verantwortlich für die Ereignisse erklärt und Forderungen im Sinne des sozialistischen Programms erhoben wurden. Nun beruht die Schließung der Schalter der Danatbank auf einer Geldpolitik des führenden Mannes in dieser Bank, die den Regeln des Bank- und Kreditgeschäftes ganz entschieden widerspricht. Die gewaltige Geschäftsausdehnung dieses Instituts nach der Stabilisierung — und nach dem Austritt des zum Reichsbankpräsidenten gewählten früheren Mitleiters Dr. Schacht —, die führende Rolle als Industrie-Kreditgeber wurde zum großen Teil durch die Aufnahme billiger, aber kurzfristig kündbarer Auslandsgelder erreicht. Lange ging dies gut, aber als jetzt die Auslandskredite zurückgezogen wurden, konnten die Gegengeschäfte, die Industriefriede, nicht gleichzeitig liquidiert werden. Es handelt sich also um eine bankmäßige Fehldisponierung, ganz abgesehen von den tatsächlich eingetretenen Verlusten bei der Nordwolle usw. Für diesen Einzelfall kann der Kapitalismus nicht haftbar gemacht werden. Daß im übrigen das heutige wirtschaftliche Elend nicht dem Kapitalismus in die Schuhe geschoben werden kann, im Gegenteil, daß die besondere Verschärfung der Wirtschafts- und Finanzkrisis in

Vom deutschen Weinbau und Weinhandel.

Die angekündigte Besprechung von Weinbauvertretern im Reichsernährungsministerium über die steigende Verschuldung des deutschen Weinbaues und die sich daraus ergebende dringende Notwendigkeit der Einleitung einer Umfildungs- und Zinsverbilligungsaktion hat stattgefunden. An dieser Aussprache haben auch Vertreter der großen Zentralkreditanstalten teilgenommen. Diese Besprechung als erste ihrer Art konnte noch nicht zu einem fertigen Plane führen, es wurde aber allgemein die bestehende große Verschuldung im Weinbau anerkannt, die Hilfsmittelmaßnahmen erforderlich macht, ferner auch schon die Möglichkeit zur Hilfe so weit wie möglich geprüft. Während die Erhebungen über die Höhe der Verschuldung der Weinbaubetriebe in den verschiedenen Gebieten raschmöglichst durchgeführt werden sollen, wird inzwischen festgestellt werden, welche Mittel für diese Aktion flüssig gemacht werden können. In der gleichen Besprechung befaßte man sich in Anwesenheit von Vertretern aller Fachweize mit der Neuordnung der Zölle für Weine zur Herstellung von Schaumwein, Weinbrand, Weinessig und Weinmischwein, die wahrscheinlich im Sinne des Deutschen Weinbauverbandes erfolgen wird.

Dank des günstigen Wachstumswetters sind die Trauben schnell in den „Hang“ gekommen und nachdem inzwischen die erste Reifezeit eingetroffen ist, macht die Traubenentwicklung gute Fortschritte. Die Bodenfeuchtigkeit in Verbindung mit der Sonnenwärme ist ein mächtiger Antrieb für ein gedeihliches Wachsen der Traubenreife, die jetzt schon eine beachtliche Dose aufweist. Der Reife ist in allen Gebieten gut, und wenn keine unvorhergesehenen Ereignisse, die im Schöße der Natur liegen, eintreten, dann sieht ein reicher Herbst in Aussicht. Hier und da sind zwar die Trauben bei der um die Blütezeit herrschenden Trockenheit etwas durchgeleert, da und dort werden auch Krankheitschäden nicht ganz zu vermeiden sein, aber wenn nichts weiter dazwischen kommt, wird man, wie gesagt, im Herbst auf ein gutes Ergebnis rechnen können. Die Personopora scheint ziemlich überwunden zu sein. Allerdings droht jetzt der Sauerwurm, dessen Notizen sehr stark gewesen ist. Das bedeutet, daß die Ernte vollständig vernichtet werden kann, wenn nicht die Wäpfer rechtzeitig die Bekämpfungsmittel durchführen und die Trauben gründlich mit der Giftbrühe belegen, damit die Würmer beim Ausschlüpfen sofort getötet werden. Wie man sieht, ist es ein einziger Kampf, den der Winzer in diesen Sommermonaten, beginnend vom Austrieb bis zur Reife, gegen die Schädlinge des Weinbaus führen muß. Der größte Feind des deutschen Weinbaues, der Reblaus, erobert sich in den verschiedenen Gebieten immer mehr an Boden. Ganz besonders groß sind die Verheerungen im Rheingau.

Der völlig darniederliegende Weinabsatz wirkt drückend und lähmend. Gewiß wurde auch in früheren Jahren zur Sommerzeit wenig gekauft, aber so still wie jetzt war das Geschäft kaum einmal. Was verkauft wird, sind kleinere Posten Konsumweine, also Josen, Bedarfsläufe. In Rheinfelden werden für 1930er Landweine 480—600 M. angelegt. Im Rheingau erfolgte das Halbtud (600 Liter) 1929er durchweg 400—600 M., 1930er 300—350 M. In der Rheinhals wurden an der Oberhaardt die 1000 Liter 1930er Wein mit 400—500 M., an der Unterhaardt mit 430—650 M., an der Mittelhaardt mit 580 bis 1000 M. und darüber bewertet. An der Mittelhaardt werden für 1930er verbessert 400—500 M., Naturweine 800 bis 1200 M., das Frider (960 Liter) bezahlt. In Franken bestanden sich 1929er geringerer und mittlerer Lagen auf 70—90 M., 1930er auf 50—75 M., die 100 Liter; in Baden die Ohm (150 Liter) 1930er Kaiserfrühling und Markgräfler auf etwa 55—150 M.

Reichsbank-Ausweis.

35,8 Prozent Notendeckung.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. Juli 1931 hat sich in der zweiten Juliwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 358,6 Millionen auf 3241,7 Millionen M. erhöht. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und Schecks um 121,8 Millionen auf 2676,8 Millionen M., die Lombardbestände um 161,5 Millionen auf 388,0 Millionen M. und die Bestände an Reichsschatzwechseln um 73,2 Millionen auf 76,6 Millionen M. zugenommen.

An Reichsbanknoten und Rentenbank-scheinen zusammen sind 56,9 Millionen M. in den Verkehr abgefloßen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 51,4 Millionen auf 4161,8 Millionen M., derjenige an Rentenbankscheinen um 5,5 Millionen auf 414,5 Millionen M. erhöht. Dementsprechend haben sich die Bestände der Reichsbank an Rentenbankscheinen auf 13,2 Millionen M. vermindert. Die fremden Gelder zeigen mit 307,1 Millionen M. eine Abnahme um 35,6 Millionen M.

Die Bestände an Gold und bedungsfähigen Devisen haben sich um 302,3 Millionen auf 1490,5 Millionen M. vermindert. Im einzelnen haben die Goldbestände um 55,7 Millionen auf 1366,1 Millionen M. und die Bestände an bedungsfähigen Devisen um 246,8 Millionen auf 124,4 Millionen M. abgenommen.

Deutschland gerade auf der Außerachtlassung der wichtigsten Grundzüge des kapitalistischen Wirtschaftssystems beruht, wurde an dieser Stelle bereits mehrfach auseinandergelegt. Aber es ist sehr interessant, daß innerhalb der in der SPD. zusammengeschlossenen Sozialisten in den letzten Wochen auf Tagungen und in der Parteipresse, besonders in wissenschaftlichen sozialistischen Zeitschriften, ein heftiger Kampf um Berechtigung und Durchführung des sozialistischen bzw. kommunistischen Programms — was wirtschaftlich daselbe ist — entbrannt ist. Diejenigen politischen Sozialisten, die sich in führender Stellung im Staate befinden oder befanden, haben aus ihrer politischen Erfahrung heraus mindestens zu einem Teile eingesehen,

daß in der heutigen Wirtschaft ein sozialer Kapitalismus allein geeignet ist, produktiv, d. h. werterfassend, zu wirken und daß das sozialistisch-kommunistische Wirtschaftsprinzip verlagert hat und seiner ganzen Natur nach verlogen muß.

Und wenn vor kurzem in Australien die sozialistische Wirtschaft zusammenbrach und man gerade in den letzten Wochen hören mußte, daß in Rußland nach 14-jährigen Versuchen mit der Durchführung des streng sozialistischen Wirtschaftsprogramms nur Mißerfolge auf Mißerfolge — sowohl wirtschaftlich wie sozial — verzeichnet wurden und jetzt ein radikaler Umschwung zu kapitalistischen Wirtschaftsformen bekräftigt wird, so bietet diese Entwicklung die beste Bestätigung unserer Ansicht.

Die Deckung der Noten durch Gold und bedungsfähige Devisen beträgt 35,8 Prozent gegen 43,6 Prozent in der Bormoche. Die Deckungsgrenze ist auf Grund des § 29 des Bankgesetzes durch Beschluß des Generalrats herabgesetzt worden.

Die Zusammenarbeit in der internationalen Chemieindustrie.

Berständigung zwischen Deutschland und Frankreich.

Der Präsident des größten französischen Chemietrusts, des Kuhlmann-Konzerns, R. Duhemin, machte dieser Tage interessante Mitteilungen über die Zusammenarbeit in der internationalen Chemieindustrie und führte aus, daß sich die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich vorläufig lediglich auf Farbstoffe beschränkte. Die Erfahrungen, die auf diesem Gebiet die Firmen Etablissements Kuhlmann und J. G. Farbenindustrie gemacht haben, und die bereits auf einen Zeitraum von vier Jahren zurückgehen, sind ausgezeichnet. Der in den Verträgen bei etwaigen Differenzen vorgesehene Schlichtungsausschuß ist bis heute noch nicht einmal in Tätigkeit getreten; ein klarer Beweis für das reibungslose Zusammenarbeiten beider Firmen. Als ein weiteres Zeichen des gegenseitigen Vertrauens ist der Austausch von Patenten zu nennen, während ein Personalaus-tausch infolge der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit vorläufig noch nicht möglich ist. Die deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Farbstoffe wird sich mit Erfolg auch auf andere Materialien der chemischen Industrie ausdehnen lassen.

Es wird dabei in erster Linie an die Stickstofffrage gedacht. Die letzte Stickstoffkonferenz in Scherdingen hat noch kein positives Ergebnis gebracht. Aber es wäre falsch, daraus zu schließen, daß eine internationale Stickstoffkonvention überhaupt außerhalb des Rahmens des Möglichen liegt. Abgesehen davon, daß bereits in Scherdingen zahlreiche Hindernisse für eine künftige Verständigung beseitigt wurden, beweist die neue Weltkonferenz in Luzern, daß die internationalen Heilungsversuche fortgesetzt werden. Die französische Stickstoffproduktion, die den Inlandsbedarf kaum übersteigt, bietet keine ernsthaften Schwierigkeiten. Die internationale Konvention hängt vielmehr von einer Verständigung der deutschen und norwegischen Produzenten mit den schweizerischen Salpetermineralexporthären ab, die in Luzern hoffentlich erreicht werden wird.

Der Abschluß des deutschen Kunstseidepattes ist in Frankreich mit großem Interesse verfolgt worden, wie man auch die Auffassung vertritt, daß der Beitritt Frankreichs zu der Kunstseidekonvention im Interesse der französischen Industrie liegt, damit endlich Ruhe und Ordnung in die Kunstseide-erzeugung der Welt kommt. Voraussetzung hierfür, wie für jede internationale Verständigung ist allerdings die Einigung im eigenen Lager, die in der französischen Kunstseide-industrie bis heute noch nicht erreicht ist.

Zum Schluß noch die Frage, ob der im Hoover-Plan vorgesehene Fortfall der deutschen Sachlieferungen für die chemische Industrie eine Beeinträchtigung bringen wird. Es wird die Ansicht vertreten, daß die Sachlieferungen in ihrer jetzigen Form als Materiallieferungen keine besonders glückliche Lösung waren. Eine direkte Verständigung zwischen den interessierten Industrien über den Bau von großen Anlagen, Elektrizitätswerke, Häfen usw., wäre sicherlich dem bisherigen System der Sachlieferungen vorzuziehen. In französischen Wirtschaftskreisen ist man der Überzeugung, daß diese direkten Verständigungen in den industriellen Beziehungen der Staaten eine umso größere Rolle spielen werden, je stärker die Überproduktion zur Reglementierung zwingt. Das ist bestimmt bei der chemischen Industrie der Fall.

* **Diskonterhöhung der Bank von Danzig.** Die Bank von Danzig hat mit Wirkung vom 17. Juli ihren Diskontsatz von 7 auf 10 Prozent erhöht. Gleichzeitig hat sie die von ihr vorübergehend angeordnete Einschränkung des Diskont- und Lombardkredits wieder aufgehoben.

* **Eisenbahnbank und Eisenbahn-Rentenbank, Frankfurt a. M.** Die zum 15. d. M. angelegte Entscheidung über die Höhe der Aufwertung der Obligationen der Eisenbahnbank und Eisenbahn-Rentenbank, Frankfurt a. M., wurden um einen Monat vertagt. Auf Grund der veränderten wirtschaftlichen Lage ist eine weitere Prüfung der Vermögensgrundlage, auf der die Aufwertung basiert, bei beiden Instituten vom Gericht als notwendig erachtet worden. Bei der Aufwertung, die man vielfach bei der Eisenbahn-Rentenbank mit 15 Prozent, bei der Eisenbahnbank mit 12 Prozent angenommen hatte, muß das Gericht alles berücksichtigen, was von den Parteien noch vorgetragen wird, oder sich von Amts wegen herausstellt. Die beiden Institute besitzen etwa 4,5 Mill. M. nominell. Reichsschatz-buchforderungen, die bisher mit 63 Prozent bilanziert waren, für die aber augenblicklich eine Bewertungsgrundlage unmöglich ist. In Amsterdam waren sie zuletzt mit 50 Prozent abgezinst.